

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.)

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Telephon Nr. 924.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1.50. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4089, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die vier-spaltige Zeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., anwärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 133.

Mittwoch, den 11. Juni 1902.

9. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Deutscher Reichstag.

(Originalbericht des „Lübecker Volksbote“.)

Berlin, den 7. Juni 1902.

Der Reichstag begann am Montag mit der zweiten Beratung der Brüsseler Konvention und des Zuckervereinerungsgesetzes. Das Haus war gut besetzt und auch die Regierung war, mit dem Grafen Bülow an der Spitze, fast vollständig vertreten. Ueber die Brüsseler Konvention kam man nicht hinaus. Es entfaltete sich über ihren ersten Artikel eine lange Unterhaltung, die durchaus den Charakter einer Generaldebatte annahm. Die Rechte trat, von ihrem Hospitanten v. Malchahn, Gültz abgesehen, in ihrem Rednern Graf Ranitz, v. Limburg-Stirum, v. Oesicke-Kaiserlautern und Dr. Sahn entschieden gegen die Konvention auf.

Die Haltung des Zentrums war, wie immer, unklar. Aus den gewundenen Erklärungen des Abg. Müller-Fulda war zu entnehmen, daß die Mehrheit seiner Fraktion die Zustimmung zu der Konvention abhängig machen will von der Gestaltung des Zuckervereinerungsgesetzes. Für die Zuckerindustriellen soll möglichst viel herausgeschlagen, einem neuen Kartell durch die Kontingentierung der Weg geebnet und die Sacharinderindustrie erwirgt werden. Unter diesen Bedingungen ist das Zentrum für die Konvention zu haben.

Während der freisinnige Abgeordnete Dr. Wiemer sich und seine Partei der Regierung bedingungslos für die Durchführung der Brüsseler Konvention zur Verfügung stellte, und wie schon in der Kommission sich bereit fand, auch die Verbrauchsabgabe für Zucker nicht abzuschaffen, sondern, noch höher als die Kommission beschlossen hat, mit 14 Mark aufrecht zu erhalten, bekämpfte Genosse Bernstein im Namen unserer Partei in seiner Jungferrede, die in ihrer sachlichen Ruhe Eindruck machte, die Kommissionsbeschlüsse. Wir halten unseren prinzipiellen Antrag auf gänzliche Beseitigung der Verbrauchsabgaben auf Zucker aufrecht, ebenso wie wir die Beseitigung des Ueberzolls fordern und verschiedene Gegner der Kontingentierung sind. In einer progressiven Einkommensteuer sehen wir das einzige Mittel, die Finanznoth des Reiches dauernd zu beseitigen.

Im Verlauf der Sitzung kam es zu einem heftigen Zusammenstoß zwischen dem Grafen Borsdorsky und der Regierung. Unter dem Beifall der Linken und dem Murren der Agrarier erklärte der Staatssekretär, daß die Rechte die Regierung in den Augen des Auslandes diskreditire, wenn sie ihr beständig Schwäche und Ungeschicklichkeit in der internationalen Behandlung wirtschaftspolitischer Fragen vorwerfe.

Bei der Abstimmung über die Brüsseler Konvention stellte es sich heraus, daß eine starke Dreiviertel-Majorität für sie vorhanden ist. Die entscheidende Frage ist nur, ob diese Mehrheit sich auch schließlich zusammen finden wird, wenn es etwa gelingen sollte, im Zuckervereinerungsgesetz die Kontingentierung zu beseitigen. Deshalb wird erst die Abstimmung über die Zuckersteuer, die voraussichtlich morgen stattfinden wird, entscheidend sein.

189. Sitzung, Mittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstisch: Reichskanzler Graf Bülow, Graf Borsdorsky, Herr v. Rheinbaben, Herr v. Thielmann, Müller, Herr v. Hammerstein, v. Podbielski, v. Boller.

Das Haus ehrt das Andenken des verstorbenen Abg. Bayer (3) in der üblichen Weise durch Erheben von den Sitzen.

Der Gesetzentwurf betr. Aufhebung des Diktaturparagrafen in Elsaß-Lothringen wird in dritter Lesung debattelos angenommen.

Es folgt die zweite Beratung der Brüsseler Zuckerkonvention und der Vorlage zum Zuckervereinerungsgesetz. Berichterstatter Abg. Späth.

Nummer 1 der Kommissionsbeschlüsse lautet: Der Reichstag wolle beschließen, dem am 15. März 1902 in Brüssel zwischen dem Reich und anderen Staaten abgeschlossenen Vertrag über die Behandlung des Zuckers seine Zustimmung zu erteilen, mit der Maßgabe, daß die Ratifikation dieses Vertrages nicht früher erfolgt, als bis das Gesetz wegen Abänderung des Zuckervereinerungsgesetzes im Reichstagsratte verabschiedet ist.

Graf Ranitz (R): Meine Freunde zweifeln daran, daß ein Ueberzoll von 6 Franks ausreichend sein wird, um unsere heimische Produktion vor der Konkurrenz des Auslandes zu schützen. Vor Allem sind wir nicht in der Lage, Rußland gegenüber, das der Konvention nicht beigetreten ist, einen höheren Zoll zu erheben. Aus diesem Grunde möchten wir es am liebsten sehen, wenn dieses Gesetz in die Kommission zurückgeschickt würde.

Dr. Wiemer (FSp): Wir haben eine Herabsetzung der Steuer auf 14 M. beantragt, um der Regierung keine finanziellen Schwierigkeiten zu bereiten. Aus demselben Grunde werden wir auch gegen den Antrag auf völlige Aufhebung der Steuer stimmen. Durch die Herabsetzung des Ueberzolls wollen wir die preisverherrlichende Tätigkeit der Kartelle untergraben. Wir werden gegen jede Erhöhung des Konsums dieses Gesetzes stimmen.

Müller-Fulda (3): Ich bedauere, daß von Deutschland nicht Sachverständige nach Brüssel geschickt sind, wie dies andere

Staaten gethan haben. Gätten wie es auch gethan, so wäre die Konvention sicher präzisier und klarer ausgefallen. Ueber die Abschaffung der Ausfuhrprämien sind wir alle einig, anders ist es mit der Frage des Ueberzolls, der von 20 auf 4,80 Mark ermäßigt werden soll. Dies steht gerade im Gegensatz zu dem Bestreben beim Zolltarif, bei dem es sich um den Schutz der Landwirtschaft handelt. Erneut muß ich meine Verwunderung über den Beifall, den derjenige auspricht, die eine Kommissionsberatung nicht für nöthig hielt. (Großer Lärm links.) Wird das Zuckervereinerungsgesetz nicht abgeändert, daß der Landwirtschaft der entsetzliche Schaden erspart wird, so wird die Mehrzahl meiner politischen Freunde die Konvention ablehnen. (Bravo! im Zentrum.)

Bernstein (SD): Unsere Partei hat die Konvention von Anfang an freudig begrüßt, weil wir in der Konvention ein Mittel sahen, der verwerflichen Prämienwirtschaft ein Ende zu machen. Das Bedenkliche der Konvention lag für uns darin, daß sie überhaupt noch einen Ueberzoll vorschreibt, und daß sie die Konventionsstaaten verpflichtet, gegen andere Länder, die noch Prämien gewähren, Kampfzölle zu erheben. Die Vorteile der Konvention scheinen uns aber so groß, daß wir bereit waren, diese Nachteile in Kauf zu nehmen. Durch die Kommissionsbeschlüsse aber ist unsere Genugthuung so herabgestimmt worden, daß wir es uns noch überlegen werden, ob wir der Konvention und dem Zuckervereinerungsgesetz zustimmen werden. Besonders die Beschlüsse über die Kontingentierung lauten dem Zwecke der Konvention geradezu entgegen. Der Abg. Müller-Fulda hat verlangt, daß auch wir das französische System des Einfuhrnachlasses für Zuckertransport einführen. Gegen eine solche Wiedereinführung einer Prämie müssen wir uns aber verweigern. Herr Müller-Fulda hat weiter das Schreckgespenst des Rohrzuckers vorgebracht. Schon in der Kommission aber hat Herr Baasche auf die Ungefährlichkeit des Rohrzuckers hingewiesen und einer der Sachverständigen, ein Mitglied der konservativen Partei, hat einen Vortrag über die Unschädlichkeit des Rohrzuckers gehalten und den Vortrag an die „Kreuzzeitung“ gesandt, die ihn in den Papierkorb geworfen hat. (Hört, hört! bei den Soz.)

Noch weniger aber haben wir von England zu fürchten. Wenn ich Engländer wäre, würde ich alle meine Kräfte einsetzen, um die Konvention zu Fall zu bringen. In England wendet sich sogar der Lobnenklub gegen die Konvention und weist auf die große Schwierigkeit hin, nachzuweisen, wann eine Ausfuhrprämie vorhanden ist und wann nicht. — Man spricht immer von dem Schutz, der der Zuckerindustrie gewährt werden müsse, meint damit aber nur die Fabrikation von Zucker. Es giebt aber auch andere hochentwickelte Industrien, die den Zucker in den verschiedensten Formen dem Konsum zuführen, z. B. die Konfitüren-, Schokoladen- u. s. w. Fabriken. Wenn alle englischen Maschinen vom Boden verschwinden würden, hätten die Arbeiter der Zuckerfabrik es leicht, in der Zucker verarbeitenden Industrie Beschäftigung zu finden. Die Kommissionsbestimmung über die Kontingentierung und die Festsetzung des Ueberzolls auf die größtmögliche Höhe halten wir für geeignet, einem neuen Kartell die Wege zu ebnen. Die schädliche Wirkung des Kartells haben wir ja erlebt, den Rückgang des Konsums. Daß den Zuckerproduzenten an einer Steigerung des Konsums viel gelegen ist, beweist die wohlwollende Behandlung unserer Anträge auf absolute Steuerfreiheit. Nachdem diese abgelehnt waren, stimmten wir selbstverständlich für die Herabsetzung der Zuckersteuer auf 10 bzw. 12 Mark. Um die finanziellen Schwierigkeiten zu beseitigen, haben wir eine Reichseinkommensteuer empfohlen. Die Argumente, die vom Regierungstisch dagegen erhoben sind, sind für uns nicht stichhaltig. Es ist weiter die Befürchtung ausgesprochen, die Herabsetzung der Verbrauchssteuer würde der Reichskasse viele sichere Millionen entziehen. So schlimm steht die Sache nicht, denn der Konsum würde dementsprechend wachsen. Ich glaube sogar, daß das Reich durch eine Herabsetzung auf 12 Mark finanziell noch besser fahren als jetzt. Es ist ja möglich, daß die Aufhebung der Ausfuhrprämien und die Neugestaltung der Zuckervereinerungsgesetzgebung einzelne Nebenproduzenten schädigt. Würden die Zuckerfabrikanten sich etwa beklagen, falls eine neue Maschine erfunden wird, die so und soviel Arbeiter erspart und auf das Pflaster wirft, diese Maschine einzuführen? (Sehr richtig! links.) Die Zuckerfabriken stehen auch gar nicht so schlecht, wie es vielfach geschildert wird. Ruiner führt die hohen Dividenden einer ganzen Reihe von Zuckerfabriken an. Gerade für die Wirtschaftspolitik gilt der Grundsatz Nietzsche's: „Wer da schwach ist, der muß fallen, wer da stark ist, der muß steigen.“ Noch einmal: Für jeden Vorstoß des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts sind wir zu haben. Stellen Sie aber Anträge, um die Konvention zu vereiteln, so werden wir es uns überlegen, ob wir für die Konvention stimmen können. Denn aber fällt die Verantwortung auf Sie! Sehen Sie sich vor, ob Sie noch je eine zweite Gelegenheit finden werden, um aus der so unglücklichen Sache für die Zuckerindustrie heranzukommen. (Sehr. Beif. b. d. Soz.)

Graf Limburg-Stirum (R): Meine politischen Freunde werden gegen die Konvention stimmen, weil zu befürchten ist, daß England doch eine verdeckte indirekte Prämie zu Gunsten seiner Raffinerien und seines Rohrzuckers einführen wird und daß wir wegen des Handelsvertrages mit Rußland von der Konkurrenz des russischen Zuckers bedroht werden. (Bravo! rechts.)

Staatssekretär Graf Borsdorsky: Der Herr Vorredner hat es so dargestellt, als ob Deutschland auf handelspolitischem Gebiet in den letzten Jahrzehnten stets schwach und nachgiebig gewesen sei und auch in Brüssel nicht auf der Höhe der Situation gestanden hätte. (Lärm rechts: Sehr richtig!) Sie sagen: Sehr richtig; ich will eine andere Frage an Sie richten: Ist es richtig, im deutschen Parlament in einem Augenblick, wo wir handelspolitische Verhandlungen mit der ganzen Welt führen, die deutsche Regierung als eine solche hinzustellen, die zu handelspolitischen Verhandlungen schwach und unfähig ist! (Lebhaftes Bravo! links.)

Im Interesse unserer Zukunft ist das kein richtiges Verfahren. (Lärm rechts.) Die Zuckerkonvention stellt den ersten Versuch dar, gewisse wirtschaftliche Verhältnisse international zu regeln. Es ist hier so dargestellt worden, als wäre die Konkurrenz des Rohrzuckers außerordentlich gefährlich, auch ist auf die Unterdrückung der englischen Regierung für ihre Kolonien hingewiesen

worden. Wir können nicht verhindern, daß die Länder, die der Konvention beigetreten sind, ihre Landwirtschaft fördern. Die Brüsseler Konvention bezieht sich nur auf diejenigen direkten und indirekten Prämien, die im engeren Sinne als Zuckervereinerung aufgefaßt werden müssen. Das hohe Haus war seinerzeit darin einig und einig war auch die Partei des Herrn Vorredners, daß der beste Zustand für die deutsche Zuckerindustrie die Aufhebung der Prämien sei. (Leb. Zustimmung links.) Lärm rechts.) Heute aber hören wir ganz etwas anderes, heute, wo wir an der Beendigung des Prämienstreits stehen, da werden Bedingungen aufgestellt, die nicht eine Kasuistik entwickeln (Lärm rechts), um die Konvention zu Fall zu bringen. Auf diesem Wege werden wir nie zu einer Konvention gelangen. Nun zu den Anträgen. Sie alle wissen, in welcher außerordentlich schwierigen finanziellen Lage sich das Reich befindet. Ist es da richtig, daß Sie uns auf finanziellen Gebiet Bedingungen stellen wollen, die für uns die ganze Vorlage unannehmbar machen? Die Zuckersteuer gehört nicht zu den besonders drückenden Steuern. Bei der Auswahl neuer Steuern sind wir bisher immer von dem Unglück verfolgt worden, solche vorzuschlagen, die der Mehrheit nicht gefallen. (Heiterkeit.) Ich kann Sie deshalb nur dringend bitten, den Kommissionsantrag abzulehnen und die Zuckersteuer mindestens auf 14 Mark festzusetzen. Sollten unsere finanziellen Verhältnisse sich besser gestalten, so ist es keineswegs ausgeschlossen, daß wir von selbst eine Ermäßigung der Zuckersteuer beantragen werden. Die Reichseinkommensteuer stellt einen so tiefen Eingriff in die Selbstverwaltung der Einzelstaaten dar, daß sie mit dem Charakter des föderativen Staates nicht vereinbar werden kann. (Widerpruch links.) Ich frage Sie deshalb, wie gebeten Sie der Finanznoth abzuhelfen? Man klagt stets über hohe Militär- und Marineausgaben. Die notwendigen Verteidigungsausgaben für die Sicherheit des Landes aber werden immer bewilligt werden müssen. Wenn Sie von der ungeheuren Verschuldung des Reiches sprechen, die auch ich bedauere, so liegt der Grund hierfür darin, daß wir die lebende Generation zu sehr entlastet und die zukünftige in Form von Schulden zu sehr belastet haben, die die lebende Generation eigentlich aufzubringen hat. (Sehr richtig!) Das wahrhaftigste Recht der Volksvertretung ist die Aufstellung des Etats. Deshalb besteht für Sie die politische Pflicht, den finanziellen Erwägungen die größte Beachtung zu schenken. Nicht nur Gerechtigkeit, sondern auch gesunde Finanzen sind die Grundlagen der Staaten. (Bravo! links. Lärm rechts.)

Direktor im auswärtigen Amt v. Römer (auf der Tribüne unverständlich) polemisiert gegen die Abgg Graf Ranitz und Limburg-Stirum.

Dr. Oesicke-Kaiserlautern (W. d. L.): Bei den Kommissionsverhandlungen hat man insbesondere den Punkt nicht beachtet, daß England seinen westindischen Kolonien Frachtfreiheit für Zucker gewährt. Ueber Branntwein und Sacharin haben wir monatelang verhandelt, das Zuckergesetz will man jetzt übers Rnie brechen. Warum warten wir nicht ab, bis England und die anderen Staaten ihre Zustimmung ausgesprochen haben? Darin sind dann viele unserer Bedenken beseitigt. England hätte uns eine solche Konvention nicht angetragen, wenn es nicht seinen Vorteil dabei hätte. Es würde für unsere Regierung besser sein, einmal energisch zu erklären, daß sie solche Verträge nicht eingehen könne. Wer nicht den Ruin der deutschen Zuckerindustrie herbeiführen will, der muß gegen die Konvention stimmen! Die Herabsetzung der Verbrauchssteuer und die Einziehung der Sacharinfabrikation sind Forderungen, die auch ohne Bezug auf die Zuckerkonvention berechtigt sind. (Heiterkeit rechts.)

Baasche (W): Im Namen der Mehrzahl meiner Freunde kann ich erklären, daß wir für die Konvention stimmen werden. In der Kommission sind die hauptsächlichsten Bedenken beseitigt worden. Man weiß immer auf die Gefahr der Konkurrenz Rußlands hin. Dort aber ist der Inlandspreis für Zucker so hoch, daß die Zuckerindustriellen gar keinen Anlaß haben, zu verlustbringenden Preisen exportieren. Unsere Zuckerindustrie, die jetzt in einer starken Krise ist, ist technisch so hoch entwickelt, daß sie die Konkurrenz auf dem Weltmarkt aufnehmen kann, wenn überall die Prämien beseitigt werden. Fast in allen Ländern, die Rohrzucker bauen, ist die Produktion zurückgegangen, wie kann man da von einem Ruin unserer Rübenzuckerindustrie sprechen. Die Kolonien können ihre Produktion nicht annähernd in dem Maße steigern, um uns Konkurrenz machen zu können. (Bravo! bei den National-liberalen.)

Gamp (FSp): Meine Freunde werden in großer Mehrheit für die Konvention stimmen, vor allem deshalb weil wir sonst kaum das Süßstoffgesetz erhalten würden. Auch die Beseitigung des Zuckerkartells halten wir für wünschenswert. Durch einen freien Wettbewerb, wie ihn Herr Baasche vorgeschlag, würden wir den Export ganz verlieren und Tausende von Arbeitern brotlos machen.

Dr. Sahn (W. d. L.): Herr Richter und Herr Singer zeigen mir Telegramme, die hier eingegangen sind; das wundern mich gar nicht, die Interessenten hatten ja gar keine andere Möglichkeit, ihre Stellung hier zum Ausdruck zu bringen. Die Annahme der Konvention würde die deutsche Zuckerindustrie schwer schädigen. Herr Baasche ist ein sehr guter Mensch, aber in der Zuckerfrage hat er sich schon früher als ein schlechter Prophet erwiesen. Ich bitte, die Verbrauchsabgabe mindestens auf 10 M. herabzusetzen. Die heutige Krise in der Zuckerindustrie ist nur eine Folge der Capriwischen Handelspolitik. (Lärm links.)

Dr. Baasche (FSp): Es war mir sehr interessant zu hören, daß Herr Sahn erklärte, mit den Telegrammen nichts zu thun zu haben. Mir liegt ein Aufruf des Bundes der Landwirthe vor, unterschrieben von Herrn Sahn, worin es heißt: Wir bitten jeden Berufsgenossen dringend, die Konvention durchzuführen und uns sofort, wenn möglich, telegraphisch Antwort zukommen zu lassen. (Hört! Hört! links.) Die Sorgfalt des Bundes der Landwirthe geht aber noch viel weiter. Mir heißt es ein origineller Fall passiert. Auch aus dem Kreise Wittenberg hat man ein solches Telegramm gesandt, aber nicht direkt an mich, sondern an den Landwirtschaftsbund Berlin, Dessauerstraße 7. Der Bund der Landwirthe hat dann die Freundlichkeit gehabt, mir persönlich die Depesche heute im Kourier zu überreichen. (Dr. Heiterkeit.)

In diesem Telegramm nun war infolge eines Versehens statt „abzulehnen“ geschrieben „abzunehmen“. (Heiterkeit.) Der Hund aber hat es so genau geteilt, wie der Wortlaut ursprünglich gewesen war, daß er mit rother Tinte das „n“ in ein „l“ und das „m“ in ein „n“ verwandelt hatte. (Große Heiterkeit.) Ich war beim Anblick dieses merkwürdigen Telegramms zuerst ganz erschüttert in meiner Stellungnahme, nachdem aber Herr Hahn jetzt erklärt hat, er habe mit dem Telegramm nichts zu thun, habe ich mein Gleichgewicht wiedergewonnen und werde für die Konvention stimmen. (Heiterkeit und lebhafter Beifall links.) Die Vertheidigung der Brüsseler Konvention ist in erster Linie Sache der Regierung. Wenn nun die Regierung hier von ihren eigenen Freunden, den sog. Stützen der Regierung, verlassen wird, so bedeutet das für sie eine Niederlage, die sie sich kaum gefallen lassen kann. (Lärm rechts.) Es wäre eine Niederlage vor der ganzen Welt. Es hat sich bei der Regierung mehr und mehr der Gedanke festgesetzt, daß man niemals etwas annehmen dürfe, ohne noch eine Extrawurst dabei zu erhalten. (Sehr gut! und Heiterkeit links.) Für jede Verhinderung von patriotischer Haltung verlangt die Rechte ein Trinkgeld. Diese Art von Interessenpolitik hat den Stand der öffentlichen Moral tief hinuntergebracht. (Sehr richtig! links.) Besonders internationale Abmachungen sollte man am allerwenigsten vom Standpunkt des Kuhhandels betrachten. (Sehr gut! links.) Wir werden gegen die unsinnige Kontingentierung Front machen und damit die Interessen des Kühenbauers wahren. (Lachen rechts.) Wenn die Regierung ihren Standpunkt mit Entschiedenheit vertritt, so kann sie das Gelingen der gesamten Linken einschließlich der Sozialdemokratie, die in diesem Fall keine fraktionierte Politik machen wird, haben. (Beifall rechts links. Großer Lärm rechts.)

Hiebermann von Sonnenberg (Antiz.): Aus der Rede des Herrn Barth leuchtet ein Hoffnungsblick künftiger Ministerverantwortlichkeit. (Große Heiterkeit rechts, Unruhe links.) Die zukünftige Regierungspartei versucht heute eine Art Generalprobe. (Gr. Heiterkeit.) Das Volk aber hat niemals Vorteil davon gehabt, wenn die Regierung sich auf die äußerste Linie stütze. Die Brüsseler Konvention ist eine Art Generalprobe für die neuen Handelsverträge. Gerade das Drängen Englands nach der Ratifizierung der Konvention sollte uns festig machen. England ist jetzt noch unbeschriebener geworden als früher. Wenn von uns gleichwohl die unbedingte Zustimmung zu der Brüsseler Konvention verlangt wird, so heißt das, den beschränkten Unterhandlungsstand zum Prinzip zu erheben. Das aber überlasse ich der Linken. (Beifall rechts. Lachen links.)

Graf Kanitz (K.): Zwei Fragen bedürfen noch der Klärung, die, ob der Uebergang anständig wird, um die Konkurrenz abzuwehren und die, ob aus der russisch-deutschen Handelsvertrag nicht höhere Hölle gegen England festzusetzen, das der Konvention nicht beigetreten ist. Um diese Frage zu klären, beantrage ich Zurückverweisung an die Kommission.

Herr v. Walzahn (Hosp. d. Reim.) spricht sich für die Konvention aus und polemisiert gegen den Abg. Hiebermann von Sonnenberg.

Nach kürzeren Reden der Abgg. Graf Limburg-Stirum (Kon.) und Bergdorff-Aischen (Wespe) schließt die Debatte.

Die Konvention wird mit überwiegender Majorität angenommen, nachdem Graf Kanitz seinen Antrag auf Zurückverweisung an die Kommission zurückgezogen hat.

Darauf verlegt das Haus die Weiterberatung auf Dienstag 11 Uhr.

Schluß 6 1/4 Uhr.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die großen gerichtlichen Aktionen aus Anlaß des Steinarbeiterstreiks in Gommern haben nunmehr ihren Abschluß gefunden. Der dritte Landfriedensbruchprozeß, der während der letzten Tage in Magdeburg gegen 49 Angeklagte geführt wurde, endete, wie schon mitgeteilt, am Freitag damit, daß 14 der Angeklagten freigesprochen, die andern aber mit Gefängnisstrafen von 3 Wochen bis zu 6 Monaten belegt wurden. Somit ist dem Rechtsempfinden der bürgerlichen Gesellschaft Genüge geschehen. Das Rechtsbewußtsein der Arbeiterklasse aber wird sich schwer getroffen fühlen. Wenn auch die Ausschreitungen, die den Beurtheilten nachgewiesen worden sind, keineswegs beschönigt werden sollen, so erscheinen die Strafen doch ungewöhnlich hart. Handelt es sich in der Hauptsache doch um nichts anderes, als um thörichte Handlungen — Schreien, Schimpfen, drohende Gebärden — wobei jeder seiner der Beurtheilten eine Vorstellung davon hatte, daß er sein unüberlegtes Thun mit monatelangen Gefängnisstrafen werde büßen müssen. Wie spielte sich denn der Hergang ab, der von den Gerichten als Landfriedensbruch beurtheilt worden ist? Unter den Streikenden geht eines Tages das Gerücht, es seien Streikbrecher in großer Zahl angekommen. Man geht hinaus nach den Steinbrüchen — ohne Plan, ohne Vorbereitung — und aus der Menge, die sich nach und nach ansammelt, ertönen Rufe des Unwillens gegen die Streikbrecher, übermüthige junge Burschen tanzen mit geschwungenen Knäpeln, es fliegen auch einige Steine, von denen aber nur ein Schuppenfell getroffen, — ja! aber kein Schaden angerichtet wurde. Etwas lärmend mag es ja hergegangen sein, aber die Steinbrucharbeiter sind eben nicht an seine Umgangformen gewöhnt. Sie sollen — wenigstens ein großer Theil von ihnen — früher sogar recht humanitär gewesen sein, der Einzug des Leiters ihrer Organisation hat aber — wie vor Gericht festgestellt wurde — die Steinbrucharbeiter stülend und kaltstellend auf ein höheres Niveau gehoben. Der Leiter der Organisation und des Streiks hat auch die an den Steinbrüchen angesammelte Menge beruhigt und wie immer, so auch diesmal ganz energisch vor Ausschreitungen gewarnt. Am folgenden Tage fanden wieder Zusammenkünfte und thörichte Handlungen der vorerwähnten Art statt, auch die jedoch niemand Schaden zugefügt wurde. Das ist in weitausläufigen Zügen die Situation, welche für eine große Zahl von Arbeitern so verhängnisvoll geworden ist und ihnen schwere Gefängnisstrafen einbrachte. Nach Aufgäbe ihrer Theilnahme am Streik müssen die Angeklagten bestraft werden. So legte der Staatsanwalt im zweiten Landfriedensbruch-Prozeß. Er hat sich allerdings nur versprochen, wie er später bemerkte, als der Beurtheilte diese Angelegenheit ansagte, aber doch liegt in diesem unbedingten gesprochenen Satz die Erklärung dafür, weshalb Ausschreitungen bei Gelegenheit eines Streiks preis angewöhnt hat bestraft werden. Nach Aufgäbe der herrschenden Verhältnisse ist es schon ein strafwürdiges Verbrechen, wenn Arbeiter streiken. Da aber das Streiken an sich nicht strafbar ist, so müssen wenigstens die Handlungen, welche mit Strafe bedroht sind, ganz besonders streng geahndet werden, wenn sie mit einem Streik in Verbindung stehen.

Nicht bestrafte worden ist, nach Meldungen bürgerlicher Blätter, Senff Landtagsabgeordneter

Wolff, der zum Bürgermeister in Dietharz (Herzogthum Gotha) gewählt worden war. Angeblich liegt als Grund vor, daß Wolff früher einmal wegen Majestätsbeleidigung mit fünf Monaten Gefängnis bestraft worden ist.

Die Nachwehen vom Stuttgarter Straßenbahnerstreik. Der Straßenbahnerstreik hat die endgültige Aussperrung von 101 Ausständigen durch die Direktion zur Folge; das macht ungefähr 30 Prozent der Streikenden überhaupt. Die Anderen sind wieder in den Betrieb eingestellt worden; doch sind 8 Leute, die Sonntag noch wegen des starken Verkehrs — der württembergische Kriegerbundstag hat über 30 000 Festtheilnehmer herbeigeführt — verwendet wurden, Montag wieder entlassen worden. Die Streikleitung ist, wie die „Frankf. Ztg.“ zu berichten weiß, mit staatlichen und städtischen Behörden in Unterhandlung getreten, um sie zur Verwendung der Gemäßigten in ihren Diensten zu veranlassen.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Der wegen Majestätsbeleidigung zweimal vorbestrafte Arbeiter Wilhelm Münch wurde am Sonnabend in Berlin abermals wegen Majestätsbeleidigung zu 2 1/2 Jahren Gefängnis verurtheilt. Er hatte die Beleidigung ausgeführt, als er wegen Bettelns verhaftet wurde und sich gleichzeitig auch der Beleidigung eines Schutzmanns schuldig gemacht. — Redakteur von Slupsky vom polnischen Witzblatt „Komar“ („Wespe“) wurde Sonnabend von der Strafkammer in Posen wegen Majestätsbeleidigung zu einer Gefängnisstrafe von sechs Monaten verurtheilt und sofort in Haft genommen.

Neue politische Nachrichten. Der Kongreß des Verbandes der Zigarrenladerinnen in Dresden erklärte, mit allen Mitteln gegen den Aktuhändler schluß zu machen zu wollen. — Die Gründung eines Zentralverbandes der Kohlenhändler Deutschlands ist in Berlin in einer Versammlung von Vereinen und Verbänden von Kohlenhändlern beschlossen worden. Zum Vorsitzenden wurde Schulze-Berlin (i. Fa. Anthracitwerke Gustaf Schälje) gewählt. Von diesem wurde in der Begrüßungsrede hervorgehoben, daß der Verband nicht bezwecke, in der Form eines Kartells die Preise festzusetzen, oder gegen die Exorbitanz und Sinken der Kohlenpreise vorzugehen, oder selbst Einkaufsgesellschaften zu bilden, sondern lediglich verfahren soll, die wirtschaftlichen Interessen der Bergarbeiter auch gegen gemeinlich zu vertreten. — Der Leiter des Arbeitsdepartements der Vereinigten Staaten in Washington, Carrol D. Wright, ist, wie der „Frankf. Ztg.“ gemeldet wird, in New-York eingetroffen, um mit den Kohlen- und Futtermittel-Exportanten in Betreff der Befreiung des Streiks zu verhandeln.

Rußland.

Sipjagin's Mörder nie verhaftet gewesen! Die „Wiener Arbeiter-Ztg.“, die sich bisher in russischen Angelegenheiten stets gut unterrichtet gezeigt hat, bringt die etwas eigenthümlich klingende Meldung, wonach sämtliche Berichte über die Verhaftung, Einforderung, Vernehmung und Vertheidigung und zuletzt die Hinrichtung des Mörders Sipjagin's lediglich erfunden seien, um die Thatsache zu verhüllen, daß der Mörder gleich nach dem Attentate in Sicherheit gebracht wurde. Eine Anzahl Mitverschworener sei, als Polizisten verkleidet, sobald der verhängnisvolle Schuß gefallen, erschienen, habe sich des Attentäters bemächtigt, denselben fortgeschleppt, und in eine draußen wartende geschlossene Droßke geworfen, welche sofort mit allen dabongeeilt sei. Niemand wisse wohin. Jedenfalls sei der Mann, den die Polizei Salmaschew genannt habe, überhaupt niemals in deren Händen gewesen. — Wer jemals sich in die Geschichte Rußlands vertieft hat, weiß, daß dort sehr vieles möglich ist, was man sonst für geradezu unglücklich hält. Ganz möchten wir daher die so bestimmt auftretende Meldung unseres Wiener Parteiorgans doch nicht in das Gebiet der Fabel verweisen. Vielleicht erfolgt bald völlige Aufklärung.

Große Ereignisse in Aussicht? Das englische Blatt „Sunday Special“ erfährt aus angeblich zuverlässiger Quelle, daß die innere Lage Rußlands sehr beunruhigend sei. Obwohl infolge der strengen Zensur nichts darüber an die Öffentlichkeit dringe, scheint es sicher zu sein, daß Rußland sich einer großen Krisis nähert, durch die das russische Volk das Zugeständniß irgend einer Art parlamentarischer Regierung erzwungen werde.

Das Warschauer Kriegsgericht verurtheilte neuerdings 18 Offiziere wegen Theilnahme an Spionage durch Verkauf von Fortifikations- und Mobilisationsplänen an ausländische Mächte zur Einschließung in die Peter Pauls-Festung.

Oesterreich-Ungarn.

Achtunddreißig Millionen für neue Kanonen (Handlitz) hat die österreichische Delegation am Sonnabend bewilligt. In namentlicher Abstimmung wurde die Vorlage mit 38 gegen 17 Stimmen angenommen.

Belgien.

Der kleine Cipido, der vor zwei Jahren in Brüssel auf den Prinzen von Wales, jetzt Edward VII., mit einer Kugel geschossen hat, ist jetzt, wie der „Aurore“ berichtet wird, aus der Zwangsanstalt, in der er internirt war, freigelassen worden. Er wurde wegen des Attentats bekanntlich vor die Geschworenen gestellt, die ihn freisprachen. Von der Absicht der Regierung, ihn zu interniren, unterrichtet, floh er nach Paris; die französische Regierung ließ ihn jedoch verhaften und lieferte ihn nach Brüssel aus. Seine Freilassung steht vielleicht im Zusammenhang mit dem bevorstehenden Krönungsfeste.

Disziplinarstrafen gegen Bürgergardisten. In Löwen ist seitens des Kommandanten der Bürgergarde eine hochwürdigste Unternehmung angefaßt worden gegen die jüngeren Bürgergardisten, welche in den Tagen vom 15. bis 19. April ihren Dienst veräumelten. Der wegen seines schändlichen Auftretens bei den Urnen jüngst deflorirte Hauptmann Marquerit verhängte gegen etwa 30 Gardisten kleinere und größere Geldstrafen von 5, 20, 60, in einzelnen Fällen auch 80 und 90 Franken oder entsprechende Gefängnisstrafen. Konrad, der Vorsteher der: ewigwährenden Versammlung „Boorvocht“, antwortete auf die Frage, warum er keinen Dienst gethan: „Meine politische und philosophische Ueberzeugung erlaubt mir nicht, gegen das Volk zu marschiren.“ Ihn wurden 80 Franken Strafe verurtheilt.

Spanien.

Der Rest von Spaniens Kolonien macht ihm auch noch Sorgen. Der Marineminister erstattete dem Ministerpräsidenten Sagasta Bericht über Vorkommnisse in Batta (Rio Mini-Kolonie, Westafrika). In demselben wird mitgeteilt, daß die Eingeborenenstämme eine feindliche Haltung gegen die spanische Garnison zeigten. Letztere sei angegriffen worden und hätte von der Feuerwaffe Gebrauch gemacht. Fünf Eingeborene seien getödtet worden.

Transvaal.

Die Abwicklung der Friedensgeschäfte vollzieht sich nach englischen Meldungen sehr glatt. Wie dem „Kaiserlichen Bureau“ aus Pretoria vom Sonnabend gemeldet wird, hat sich der ganze Stab der Transvaal-Regierung, die zuletzt ihren Sitz in Rhenosterkop hatte, mit der aus fünfzig Mann bestehenden Bedeckung ergeben. Die Uebergabe der Buren in Standerton am 5. und 6. d. Mts. wurde von Louis Botha beaufsichtigt und ging in vollkommener Ordnung und mit militärischer Präzision vor sich. Hamilton gab in einer kurzen Ansprache der Bewunderung, welche die ganze britische Nation für den von den Buren geführten gewaltigen Kampf fühlte, und der Hoffnung Ausdruck, daß die Burchers getreue Unterthanen des Königs werden. Aus Wolvochock wird ferner dem genannten Bureau vom 5. d. M. gemeldet: Van Niekerk und Vandermerwe's Kommandos haben sich heute dem General Elliot ergeben, der ihnen mit seinem Stabe entgegen gegangen war und sie auf freiem Felde in der Nähe von Bredford-Station traf. Der General gab den Buren in einer Ansprache Erklärungen über die Art, wie in der nächsten Zeit für ihren und ihrer Familien Unterhalt gesorgt werden solle, und mit dann in Begleitung Dewets nach der Station, wo die Buren, die zu Pferde folgten, die Waffen niederlegten; im ganzen ergaben sich 185 Mann mit 157 Gewehren. Der General verlas dann noch ein Telegramm des Königs, in welchem dieser den Buren eine glückliche Zukunft wünscht. Nach einer Meldung Ritcheners wurden bis Montag insgesamt 6842 Gewehre von den Buren abgeliefert. — Aus Merksdorp wird endlich noch berichtet, daß General Liebenburg sich mit 370 Mann ergeben hat.

Eine Botenschaft Schalk Burgers und Bothas an die Buren veröffentlicht der „Standard“; dieselbe hat folgenden Wortlaut:

Offener Brief an alle Offiziere, Beamte und Bürger, die bis zum heutigen Tage ihre Pflicht gegenüber dem Lande und Volks treu erfüllt haben. Kameraden, Brüder, Landsleute! Wir danken Euch herzlich für den Heroismus und für die Hingopferung von 10 Biele, was Euch theuer und lieb war. Wir danken Euch für den Gehorsam und die treue Pflichterfüllung in Allem, was dem Afrikaerbolke zur Ehre und zum Ruhme gereicht. Wir rathen Euch Allen, Euch in den Frieden zu schicken, Euch ruhig und friedlich zu verhalten und der neuen Regierung Gehorsam und Achtung zu erweisen. Von den Vertretern beider Staaten ist eine Kommission ernannt zur Beschaffung von Geldmitteln uhm. für die Wittwen und Waisen, deren Gatten und Väter ihr Leben ließen im Kampfe für Freiheit und Recht und die in unserer Geschichte ewig fortleben werden. Wir sprechen unter innigem Mitleid denen aus, welche trauern, und bitten Gott, daß er ihnen Kraft geben möge, das Kreuz zu tragen. Nach unsern Vätern und Vätern möchten wir unsern Dank aussprechen, die so tapfer Opfer gebracht und Lid getragen haben, jetzt, da der Friede geschlossen ist, wenn auch nicht ein Friede, wie wir ihn ersehnten. Laßt uns zu verharren, wohin Gott uns geführt hat. Mit gutem Gewissen können wir erklären, daß zwei und einhalb Jahre lang das Volk den Kampf in einer Weise führte, wie es die Geschichte bisher kaum kannte. Laßt uns nun einander die Hände reichen für einen anderen großen Kampf, der vor uns liegt, für die geistige und soziale Wohlfahrt des Volkes. Laßt uns allen bitteren Gefühlen entsagen, laßt uns vergeben und vergehen, auf daß die tiefen Wunden heilen mögen.

Christian Dewet hat, der „Frankf. Ztg.“ zufolge, dem Kriegsberichterstatter des „Daily Telegraph“ erzählt, daß er sich auf seine Farm begeben werde, um die Arbeit aufzunehmen. Während des ganzen Krieges sei er nicht ein einziges Mal getroffen worden, auch sei sein Pferd nicht verletzt worden, während sein Adjutant zweimal verwundet und demselben 6 Pferde unter dem Leibe erschossen worden seien. Doch hätten Kugeln seine, Dewets, Kleider durchbohrt, wie dies vielen anderen Buren-Führern passirt sei.

Nachträglich geht noch eine bisher von der Zensur unterdrückte Meldung an verschiedene Londoner Blätter ein, die über ein Mitte Mai in Pretoria entdecktes Komplotz berichtet. An einem Abend stand die Besatzung, die alarmirt worden war, die ganze Nacht unter den Waffen. Einige Tage später wurden wieder bei Nacht die Wachen verdoppelt. Es handelte sich um einen Anschlag, der auf einen Angriff von außen rechnete. Während der dadurch angerichteten Verwirrung hofften die Verschwörer, die Regierungsgebäude, das Justizpalais, und Ritcheners Wohnung in die Luft zu sprengen, die Geschütze der Artillerie zu vernageln und die höheren Offiziere, von Ritchenner abwärts, zu fangen oder niederzumachen. Die Theilnehmer an der Verschwörung sollen Advokaten, Apotheker, ein Arzt, Buren und Holländer, die Kriegsgefangene auf Ehrenwort waren, gewesen sein, im Ganzen einige 60 Personen.

China.

Cholera. In Peking ist in der japanischen Kaserne ein Todesfall an Cholera vorgekommen. Der Verstorbene kam von Tientsin, wohin die Krankheit kürzlich aus Schanghai verschleppt wurde. Nach einer „Herold“-Meldung ist außer einem japanischen auch ein deutscher Soldat in Tientsin an der Cholera gestorben. In Folge dessen sind die Truppen isolirt.

Nübel und Hamburgebiete.

Dienstag, den 10. Juni.

Zugzug ist fernzuhalten von Maurern, Zimmerern und Banarbeitern nach Hamburg, Kiel, Neumünster und Dömitz, von Maurern nach Neustadt i. S., Preetz, Nübel, Malchow, von Steinmetzern, Mauerern, Steinmetzen und Granitsteinschneidern nach Flensburg. Achtung, Maurer! Die Differenzen auf dem Kasernebau, Unternehmer Lockhoff, sind zur Zufriedenheit der Arbeiter erledigt worden.

Eine geistig nicht ganz normale Person zu Zuchthaus verurtheilt. Am Sonnabend fand vor der hiesigen Strafkammer II eine Verhandlung statt, die ein Urtheil zeitigte, welches weite Bevölkerungskreise in erklärliches Erstaunen versetzen wird. Wie unseren Lesern wohl noch in Erinnerung sein dürfte, wurde am 7. Dezember vor. Jz. die in der Hansastrasse wohnende Ehefrau des Eisenbahnbeamten D. wegen Verleitung zum Weineide zu 1 Jahr Zuchthaus verurtheilt. Der Sachverhalt ist kurz folgender: Im März 1901 wurde die Angeklagte von einer Frau St. wegen Verleitung verklagt. Hierauf reichte die Angeklagte eine Widerklage ein und zwar auf Grund mehrerer äußerst beleidigenden Äußerungen, die kurz vorher auf dem Marienkirchhof seitens der Frau St. gegen die Angeklagte wegen ihres Lebenswandels öffentlich in plattdeutscher Sprache gefallen waren. In Begleitung der Angeklagten befand sich damals die Schuhmanns Ehefrau S., eine Thüringerin, die weder plattdeutsch sprechen noch verstehen kann. Wohl hat sie die Beschimpfungen gehört, aber den Sinn derselben nicht erfasst. Nunmehr versuchte die Angeklagte zu verschiedenen Malen, der Frau S. den Sinn der beleidigenden Äußerungen in den Mund zu legen und sie zu veranlassen, im Termin unter ihrem Eid diese Äußerungen zu wiederholen. Die Frau lehnte es jedoch ab. Da die Versuche nicht unterblieben, untersagte der Mann der Frau S. der Angeklagten die Vornahme weiterer Versuche. Als dann der Termin stattfand, war infolge eines Versehens der Schuhmann S. an Stelle seiner Frau geladen worden. Dieser sagte dort nun aus, daß seine Frau die Äußerungen nicht verstanden hätte. Infolge von Streitigkeiten benutzte dann schließlich S. die Angeklagte wegen verführerischer Verleitung zum Weineide. Die Strafkammerverhandlung endete mit der oben bemerkten Verurtheilung. Als die auf freiem Fuß befindliche Angeklagte nach Hause kam, erkrankte sie sehr schwer und der Physikus konstatierte nach eingehender Untersuchung den Ausbruch einer Geisteskrankheit. Nun erkrankte sich der Gemann der Angeklagten, daß seine Frau auch schon früher an Geistesstörungen gelitten haben muß. Sie war völlig grundlos äußerst erregt geworden, wollte sich ertränken und hat einer anderen Frau gegenüber ihre Reden geführt. Diese Anfälle traten seit einer Zeit ein, wo die Angeklagte anlässlich einer Spazierfahrt aus einem Wagen gefallen war. Damals soll sie längere Zeit völlig geistesabwesend gewesen sein. Ein vom Vertheidiger eingeleitetes Wiedereröffnungsverfahren hatte Erfolg, indem das Oberlandesgericht eine neue Verhandlung anordnete. Im neuen Termin wurden 16 Zeugen vernommen, die zum größten Theil schon vor der Verurtheilung Spuren von Geistesge störtheit wahr genommen hatten. Der Physikus ist der Meinung, daß man es bei der Angeklagten mit einer erblich belasteten Person zu thun habe. Auch ihre Großmutter litt an Geistes schwäche. Ob die Frau zur damaligen Zeit geistesgestört gewesen sei, lasse sich sehr schwer feststellen; es stehe aber fest, daß die Angeklagte eine geistig minderwertige Person sei. Der Staatsanwalt Dr. Wenda ist von der Schuld der Angeklagten auch jetzt noch überzeugt. In seinem Plaidoyer gab er jedoch zu, daß man es hier mit einer Person zu thun habe, die geistig nicht ganz vollwertig sei. Ihre Geisteskrankheit sei jedoch nicht festgestellt worden. Er beantragte die schon früher erkannte Strafe von 1 Jahr Zuchthaus. Der Vertheidiger, Rechtsanwalt Wehrowitz, widerlegte alle vom Staatsanwalt vorgebrachten Einwände und wies darauf hin, daß man doch ohne Frage Zweifel an der Zurechnungsfähigkeit der Angeklagten hegen müsse. In einem solchen Falle aber müsse nach Reichsgerichts-erkenntnissen auf Freisprechung erkannt werden. Das Gericht nahm als festgestellt an, daß die Angeklagte sich bei Begehung der That nicht in einem Zustande befunden habe, der die freie Willensbestimmung ausschloß. Es erkannte deshalb abermals auf 1 Jahr Zuchthaus. — Leider ist eine Korrektur dieses unverständlichen Urtheils nicht möglich, da es an einem Revisionsgrund mangelt. Würde eine Verurteilung gegen Strafkammerurtheile zulässig sein, dann müßte unseres Erachtens unbedingt in der Berufungsinstanz auf Freisprechung erkannt werden müssen. Denn es ist nicht möglich, daß eine Person, die selbst nach Ansicht des Staatsanwalts geistig nicht vollwertig ist, für eine Handlung, welche vielleicht eine Folge der Geistesgestörtheit ist, strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden kann. Die bedauernswerthe Frau D. gehört deshalb, anstatt ins Zuchthaus, in eine Heilanstalt, damit sie dort, wenn noch Besserung möglich ist, ihre Heilung findet. Solche, mit dem Empfinden des Volkes in schroffstem Widerspruch stehende Strafkammerurtheile können aber erst dann verschwinden, wenn man unserer Forderung auf Zulässigkeit der Berufung gegen Strafkammerurtheile stattgibt. — Wie wir erfahren, will der Gerichtshof beim Senat die Umwandlung der 1jährigen Zuchthausstrafe in eine dreimonatliche Gefängnisstrafe beschließen. Glaubt man vielleicht dadurch den Urtheilspruch abmildern zu können.

Ein freiherrlicher Schwindler. Am 19. März wurde der Oberleutnant a. D. Freiherr von Carnap von der hiesigen Strafkammer I wegen zwei Betrugsfälle und 1 Betrugsversuch zu 9 Monaten Gefängnis verurtheilt. Der saubere Herr hatte sich bekanntlich als ein Hochstapler niedrigster Sorte entpuppt. Seitens des Vertheidigers des Angeklagten war gegen dieses Urtheil Revision eingelegt worden, welche auch vom Reichsgericht für begründet erachtet wurde und zwar deshalb, weil nicht die Einzelstrafen ausgeworfen waren. Am Montag bot sich nun der Strafkammer Gelegenheit, das Verurtheilte nachzusehen. Die am Montag erkannten Einzelstrafen beliefen sich auf 12 Monate, welche zu 9 Monaten zusammengezogen wurden. Gleichzeitig wurde wieder auf 2 Jahre Ehrverlust erkannt. 2 Monate Untersuchungshaft und die seit dem 19. März währende Strafkammerurtheil wurden angerechnet. In den Urtheilsgründen hieß es, daß der Angeklagte sein ganzes Leben auf Lug und Trug aufgebaut habe. Wenn der Verlust der Ehrenrechte einen Verlust seiner Pension nach sich ziehen würde, dann sei dieses eine weitere Folge der ehelichen Handlung der Angeklagten.

pb. Wo ist das Boot? Am Mittwoch Nachmittag v. B. mieteten sich drei anscheinend dem Arbeiterstande angehörige Männer von dem Wirth und Bootverleiher Für-

böter unterhalb der Dorotheenstraße ein Maderboot. Dem Verlangen des Verleiher, die Miete im Voraus zu zahlen, bezog dieselben Widerspruch mit dem Bemerkten entgegen, daß sie noch nicht wüßten, wann sie zurückkehren würden. Da diese Leute bis heute das Boot noch nicht zurückgebracht haben und dasselbe trotz Aufsuchens der Wakenitz bisher nicht wiedergefunden wurde, so liegt die Vermuthung nahe, daß sich die Arbeiter das Boot rechtswidrig angeeignet haben. Das Boot trägt die Nummer 20 und die Bezeichnung „Für 6 Personen“.

Die Wasservärme der Badeanstalt des Krähenteiches betrug Montag 17 Grad Celsius.

Kleine amtliche Nachrichten. Senator Eichenburg hat den Vorsitz im Finanzdepartement wieder übernommen. — Für die Dauer der Abwesenheit des Senators Ewers hat Senator Possehl den Vorsitz in der Vorsteherchaft des Allgemeinen Krankenhauses übernommen. — Für die Dauer der gleichzeitigen Abwesenheit der Senatoren Berking und Ewers hat der Senat Senator Possehl der Behörde für die Navigationschule beigeordnet und ihm den Vorsitz in derselben übertragen.

Strafkammer I. Ein raffinierter Schwindler ist der Uhrmacher K., ein Mann, der sehr stark stottert und mit dem die Verhandlung am Montag größtentheils schriftlich geführt werden mußte. Der Angeklagte, der eine gute Schulbildung genossen hat, erlernte das Uhrmacherhandwerk und ließ sich schließlich kurz nach hiesiger Zeit in einem kleinen Dorfe bei Neumünster als selbstständig Handwerker nieder. Nach kurzer Zeit gab er das Geschäft auf und siedelte nach Alstedt über, wo er zunächst ein Geschäft im Fährhause eröffnete. Aber auch dieses ging nicht aus und so zog er hin bei einem Beamten an der Cronsförder Allee in Logis. Da er sich von der Uhrmacherei nicht ernähren konnte, legte er sich nach berühmten Mustern auf die Vermarktung von Geldern. Eines Tages las er nun in einer Zeitung eine Annonce, nach welcher ein Gutbesitzer ein Fährschiff von 30000 Mk. suchte. Er legte sich mit dem Mann in Verbindung und gab sich als Denjenigen aus, der ihm das Geld aus eigenen Mitteln geben könnte; er mußte aber erst mit seinem Bankier in Berlin sprechen. Zu diesem Behufe ersuchte er dann um Zulassung von 60 Mk. Reisegeld nach Berlin. Das Darlehen hat der Gutbesitzer natürlich nicht erhalten. Der Angeklagte behauptet, dort gewesen zu sein, während die Staatsanwaltschaft gegentheilige Meinung ist. Zwecks Aufstellung näherer Ermittlungen wurde die Sache verlagert. Der Angeklagte hat jedoch noch mehr auf dem Kirchhof Wägen seiner Anwesenheit in Lübeck hat er sich von einer Berliner Uhrmacherfirma 2 goldene Uhren schicken lassen unter der Angabe, er habe Käufer hierfür. Dieses ist jedoch nicht der Fall gewesen. Im Termin befragt, erklärte der Angeklagte, er habe die Uhren bei einem Herrn, dessen Namen er aus Furcht nicht nennen wolle. Nach seiner Freilassung wolle er die Uhren herbeischaffen u. Wegen dieses Betruges erhielt der Angeklagte 2 Monate Gefängnis — Ungetreuer Knecht. Der Knecht K., unter Führung eines Tages seinen Dienstherrn in Barmen die Summe von 225 Mk. 5 Monate Gefängnis sind die Folge. — Jugendliche Einbrecher. Die Schuttmaden A. und B. brachen in eine Bankube in der Poststraße ein und entwendeten hier Abfallholz und eine Kiste. Die beiden jungen Menschen wurden zu 3 resp. 5 Tagen Gefängnis verurtheilt. Hoffentlich werden sie durch die bedingte Begnadigung noch vor dem Gefängnis bewahrt.

Kleine polizeiliche Nachrichten. Gegen einen hiesigen Arbeiter, der einen Schornsteinfegergehilfen mittelst eines Stodes mißhandelte, wurde Anzeige wegen Körperverletzung erstattet. — Ermittelt und festgenommen wurde ein hiesiger Arbeiter, der sich, wie nachträglich festgestellt ist, an der auf der Chaussee von Wealoe nach hier stattgehabten Verabreichung eines Arbeiters betheiligt hat. — Festgenommen wurde ein hiesiger Kellner, der sich eines schweren Diebstahls zum Nachtheil seines Kollegen schuldig machte.

Schwärzler. Einen unliebsamen Besuch statteten in der Nacht zum Sonntag mehrere Einbrecher der Niesebühlschalle ab. Ueber die Platte des Wirthschaftschofes hielten sie ihren Einzug und feierten die siegreiche Eroberung der Halle durch eine solenne Kneiperei, der außer 6 Flaschen Sekt noch verschiedene Flaschen Rothwein, Portwein und Mosel zum Opfer fielen. Außerdem eigneten sie sich noch einen Kellneranzug, einige wollene Decken, Messer, Cigarren, Cigarretten u. an und verschwanden dann wieder auf demselben Wege, wie sie gekommen waren. Jedenfalls können die Einbrecher eine ordentliche Ladung vertragen.

Aus der Arbeiterbewegung der Nachbargebiete. Als Reichstagskandidat für den neunten schleswig-holsteinischen Wahlkreis an Stelle des aus Gesundheitsrücksichten von der Kandidatur zurückgetretenen Genossen Albert Köste in Hamburg soll, wie verlautet, der Genosse Schneidermeister H. J. Lagerdorf in Aussicht genommen sein, der bisher im 3. Wahlkreise (Schleswig-Eckernförde) kandidirte. — In Lagerdorf verstarb der Genosse Hermann Otto, der dort Mitglied und Vorstandsmitglied in allen Arbeiterorganisationen, zweiter Vorsitzender des Gewerkschaftsartellens, längere Zeit Vertrauensmann der Partei, Beisitzer Arbeitgebervertreter im Gewerbegericht, Delegirter auf Verbandstagen, Parteitagen ufm. war, und viel für die Bewegung gewirkt hat. — Die Genossen Kasch und Bröder haben zum 1. Oktober d. Jz. ihre Stellungen als Redakteure des „Volksblatt für Harburg“ gekündigt.

Kleine Chronik der Nachbargebiete. Montag explodirten Feuerwerksstoffe in der Werkstatt des Feuerwerkers Brenner zu Rostock. Das entstandene Feuer konnte halb gelöscht werden, Brenner aber verbrannte. — Die Tochter des Schiffsführers Clausen von der Saatewerft in Rendsburg wurde Montag Morgen auf dem Schulwege von einem mit Holz beladenen Wagen überfahren und auf der Stelle getödtet. — Das Seeamt in Flensburg verhandelte über die Strandung des Fischbootes „Marie“ aus Kellenhusen bei Cismar am 6. Februar d. Jz., wobei die Besatzung — 3 Familienväter aus Kellenhusen, Fischer Dons und zwei Bröder Groll, — umgekommen ist. Der Spruch des Seeamts lautete dahin, daß der Unfall sich nur auf die eigene Unvorsichtigkeit der Verunglückten zurückführen lasse. — Der Bahnamtler Grawitter vom Schiffschiff des deutschen Schiffsvereins „Großherzogin Elisabeth“ hatte sich vor einigen Tagen in Bremerhaven von Bord entfernt, ohne zurückzukehren. Montag früh wurde er in einem Hotel in Lese, wo er die Nacht logirte, in einem Zimmer erschossen aufgefunden. Von einer beträchtlichen Summe Geldes, das er zum Bezahlen von Rechnungen erhalten hatte, fand man nur noch einen kleinen Rest bei ihm. — Die Strafkammer in Auzich verurtheilte den Kapitän des englischen Dampfers „Dahwald“ aus Grimsby wegen unbefugten Fisches in deutschen Gewässern zu 3 Monaten Gefängnis. Die Festnahme ist durch das Torpedoboot „S 21“ erfolgt.

Hamburg. Unglaublich milde Bestrafung eines Soldatenpeinigerges von der China-Expedition. Vor dem Kriegsgesicht der XVII. Division hatte sich, nach dem „S. G.“, der Schriftfeger, frühere Artilleristenmaat Bernhard Fröhlich wegen wiederholter Mißhandlung von Untergebenen und Mißbrauch der Dienstgewalt zu verantworten. Er hat als Dreijährig-Freiwilliger bei der Artillerie gedient und meldete sich, als Anfang 1901 nochmals für den Chinadienst gewonnen wurde, wiederum als Freiwilliger. Er wurde genommen und zum Artilleristenmaat befördert. Daß er der richtige Mann war, deutete „Kultur“ nach China zu bringen, bewies er schon auf der Ausreise, die auf dem Dampfer „Andalusia“ stattfand. Als der Dampfer sich Anfang März 1901 im Mittelmeer befand, revidirte Fr. eines Tages die Zeugnisse, wobei er im Zeugnis des Artilleristen M. schmerzliche Zeugnisse fand. Fr. riß dasselbe heraus und schlug es dem M. mehrere Male auf die Ohren. Dann schlug er ihn wiederholt mit der Kloppeisen, gab ihm ein paar Ohrfeigen und versetzte ihm einen Fußtritt in den Rücken. Weiter hat er eines Tages zweien seiner Untergebenen den dienstlichen Befehl gegeben, mit dem Kopfe gegen die Wand zu rennen. Der Eine führte diesen Befehl in seiner Herzensangst aus, während der Andere sich weigerte. Erklärlicher Weise machte Fr. von dieser „Gehorsamsverweigerung“ aber keine Meldung. In einem weiteren Falle hat Fr. einen Artilleristen mehrfach geohrfeigt, ihm diverse Fußtritte versetzt und ihm auch eine blutende Wunde an der Hand beigebracht. Schließlich ist der Angeklagte beschuldigt, daß er einen Untergebenen eine volle Viertelstunde im Anschlag mit aufgefingtem Seitengewehr hat stehen lassen, daß das seinem gemüthvollen Herzen aber noch nicht genügte, sondern daß er, um das Gewehr noch zu beschweren, noch ein Paar Stiefel daran hing. Der bedauernswerthe Mensch fiel in Folge dieser Quälerei in Ohnmacht und mußte von Kameraden zu Bett gebracht werden. Von den Zeugen ist Niemand zur Stelle. Sie befinden sich noch in China und sind dort kommissarisch vernommen. Sie haben unter Eid bekundet, daß Fröhlich ein sehr jähzorniger Mensch sei, der stets in brutaler Weise Mißhandlungen hielten sie zuerst keine Meldung erstattet, denn Fröhlich habe in der Instruktionstunde mehrere Male ganz ungenirt gesagt: sie sollten sich nur beschweren, sie würden nur den Kürzeren dabei ziehen! (Das ist zutreffend, wie die Erfahrung gezeigt hat. Die Red.) Der Angeklagte erklärt auf diese Auslagen sehr von oben herab: Die Zeugen seien jämmtlich „ganz abgefeimte Gesellen“, die ein Komplott gegen ihn geschmiedet hätten. Sehr streng sei er freilich gewesen. Er habe aber auch die schlechteste Korporalschaft gehabt. Der Vertreter der Anklage rügt in seinem Plaidoyer sehr scharf, daß der Angeklagte versuche, die Zeugen alle des Meineides zu verdächtigen. Der Angeklagte sei offenbar ein gewohnheitsmäßiger Soldatenmißhandler, der darum auch eine exemplarische Strafe verdiene. Da der Angeklagte aber noch ein junger, unerfahrener Unteroffizier gewesen sei, der noch dazu aufgeregten Temperaments wäre, wolle er keine Gefängnisstrafe beantragen. Er bitte, dem Angeklagten mildere Umstände zuzubilligen und auf die unter dieser Bedingung höchste zulässige Strafe von 6 Wochen Mittelarrest zu erkennen. Das Gericht hält die Beschuldigung des Mißbrauchs der Dienstgewalt nicht für genügend erwiesen und erkennt in diesem Punkte auf Freisprechung. Wegen der wiederholten Mißhandlung wird der Angeklagte zu 24 Tagen Mittelarrest verurtheilt — von „Rechts“ wegen!

Geestemünde. „Das dankbare Vaterland“. Folgendes, einem Arbeiter zugestellte Schreiben des Landraths illustriert treffend die obige Phrase:

2. Juni 1902. Der Herr Regierungs-Präsident hat mitgetheilt, daß Ihrem Gesuche um Bewilligung einer Beihilfe aus dem Reichsinvalidentfonds mangels ausreichender Mittel zur Zeit nicht entsprechen werden könne, dem Gesuche aber näher getreten werden sollte, sobald verfügbare Mittel die Gewährung einer Beihilfe gestatten. In die bei der kgl. Regierung geführte Anwartsliste sind Sie aufgenommen.

Dies. Welch' erhebender Trost! Kein Geld zum Ehrensold für Kriegsveteranen, aber für Panzer und Kanonen Geld wie Heu! Es geht doch nichts über das „dankbare Vaterland“.

Güstrow. Das Schwurgericht verurtheilte am Sonnabend den mehrfach vorbestraften Arbeiter Mahdorf aus Mirowdorf wegen Brandstiftung, Diebstahls u. i. w. zu 6 Jahren Zuchthaus, 10 Jahre Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht. Ferner erhielt der Schlosser Krüger aus Chemnitz, der, um sich einen Vermögensvortheil zu verschaffen, auf seiner Quittungskarte an Stelle des Wortes: „Schlosser“ das Wort: „Stellmacher“ setzte, 4 Monate Gefängnis und 4 Wochen Haft. Er hatte diese Fälschung vorgenommen, weil er wußte, daß er auf der Reise als Stellmacher ein größeres Gehalt erhielt als ein Schlosser. — Am Montag wurde unter Ausschluß der Öffentlichkeit gegen das 24 jährige Dienstmädchen Auguste Schmidt aus Glasow bei Dargun wegen vorsätzlicher Kindesentziehung verhandelt. Das Urtheil lautete auf ein Jahr 6 Monate Gefängnis. In der zweiten Sache wurde ebenfalls unter Ausschluß der Öffentlichkeit gegen den 22 jährigen Arbeiter Ernst Luplow in Klein-Ludow, wegen Sittlichkeitsverbrechens verhandelt. Das Urtheil lautete unter Jubelstimmung mildernden Umstände auf 9 Monate Gefängnis, wovon 1 Monat als durch die Untersuchungshaft verbüßt angerechnet wird.

Letzte Nachrichten.

Danzig. Ein elektrischer Wagen fuhr Montag früh vor dem alten Salvator-Kirchhof in Peterzhagen bei Danzig in eine Gruppe Reizenträger, welche eine Reihe nach dem Friedhofe brachten. Der Metallberg stürzte auf vier Träger, welche so schwer verletzt wurden, daß an ihrem Aufkommen gezweifelt wird. Auch mehrere andere Personen erlitten Verletzungen.

Berlin. Aus dem Zuchthaus in Raabitz ans- gebrochen sind am Montag Nachmittag drei in der Abtheilung für Simulanten internirte Gefangene. Im Ganzen hatten nach einem Berliner Volksblatt etwa 10 Gefangene den

Die deutschen Universitäten im Dienste der russischen Reaktion.

Seit einiger Zeit werden die russischen Studierenden an den technischen Hochschulen in Preußen und Bayern kleinen und niedrigen Schikanierungen unterworfen: man läßt sie auf Schritt und Tritt fühlen, daß sie am besten thun würden, den deutschen Hochschulen fern zu bleiben, man hat für sie extra den Immatrikulationsstermin um zwei Wochen hinaufgeschoben, damit die besseren Plätze in den Hörsälen usw. von den Einheimischen belegt werden können, man läßt sie während der Vorlesung stehen oder auf dem Boden sitzen, man hat vor allem für sie die Bedingungen der Immatrikulation erschwert. Soweit die Öffentlichkeit von diesen Vorgängen Kenntnis erhalten, führt man sie auf die Antirussenagitation der deutschen Studentenschaft hin. Darum zunächst einige Worte über diese.

Die deutschen Studenten klagen, daß ihre russischen Kommilitonen zeitiger zum Kolleg kommen und, wenn keine Vorkehrungen getroffen werden, die besten Plätze besetzen. Es ist sehr begreiflich, daß die Russen, die einer Vorlesung in fremder Sprache beizuwohnen haben, auf einen günstigen Platz im Auditorium einen besonderen Werth legen. Eine „ausgleichende Gerechtigkeit“ ließe sich aber in den überfüllten Auditorien sehr leicht durchzuführen, wenn die Studenten geholt hätten: man sehe doch wie die „Volksbühne“ in Berlin und anderwärts die weit schwierigere Frage der Vertheilung der Sitzplätze im Theater gelöst hat. Unsere Leser erwarten sicher nicht, daß wir weiter auf dieses Schulbubenargument eingehen.

Es heißt, der Staat müsse auf die russischen Studenten draufzahlen. Die Herren Bourgeoisöhnchen thäten besser, die Frage der Zahlung nicht erst anzuführen: sie schwören damit den großen Unbekannten, das arbeitende Volk, herauf, daß vor allen fragen würde, woher es komme, daß die Tempel der Wissenschaft zu Marktplätzen der Diplome geworden sind. Es ist aber nicht wahr, daß die Universitäten an den russischen Studenten ein schlechtes Geschäft machen. Die fixen Ausgaben der Universitäten — Anlagelosten, wissenschaftliche Sammlungen, Professorenfiguren — bleiben gleich, unabhängig von der Zahl der Studirenden, die Vermehrung der Betriebsausgaben wird aber reichlich durch die Kollegengelder und die sonstigen Zahlungen der Studenten gedeckt. Ohne Kollegengelder müßte man die Professorengehälter ganz anders bemessen. Darum streben denn auch die Hochschulen nicht nach einer Verringerung der Zuhörerzahl, sondern nach einer möglichen Vermehrung derselben, wobei freilich — noch ein Standpunkt, der den Kritikern ganz fremd bleibt — der Ruf der Universität in Betracht kommt.

Man sagt, die Russen, die hier technische Hochschulen absolviren, machen dann auf den deutschen Fabriken den Einheimischen Konkurrenz. Es ist freilich wahr, daß eine Anzahl russischer Techniker im Auslande, wenn auch meistens provisorisch, verbleiben. Allein viel größer ist die Zahl der deutschen Ingenieure, Chemiker u. s. w., die in Rußland Karriere machen. Deutschland, das seit Jahrhunderten alle Welt mit Gelehrten, Beamten, Fabrikdirektoren, Bonnen und Prinzessinnen versorgt, darf sich am wenigsten darüber beklagen, wenn einige russische Techniker in seinen Fabriken Unterkunft finden. Uebrigens, wie anders denken doch dieselben Konkurrenz-Patrioten, wenn es sich nicht um sie selbst, sondern um Arbeiter handelt, z. B. um galizische Tagelöhner oder russische Glasarbeiter!

Die Russen sind weiter geklagt — übertragen die „deutsche“ technische Wissenschaft nach ihrer Heimath und gründen dort Konkurrenzunternehmungen. Dann bleibe man doch konsequent und verbiete die Ausfuhr von deutschen Büchern und Lehrmitteln! Man verbiete es den deutschen

Gelehrten und Technikern, ins Ausland zu ziehen. Man schränke die Lehrfreiheit ein und die Freiheit des Büchermarkts. Es charakterisirt diesen Krämergeist, daß er nicht sieht, wie durch die Aufstellung von nationalen Schranken vor allem die Entwicklung der Wissenschaften in Deutschland selbst gehindert wäre. Aber nicht nur indirekt dadurch, sondern ganz unmittelbar würde die deutsche Industrie durch die Einschränkung des Studiums von Ausländern, und ganz besonders Russen, an den deutschen Hochschulen geschädigt werden: denn diese russischen Techniker mit deutscher Schulung übertragen nach ihrer Heimath nicht nur die deutschen Verfahren, sondern auch die Fabriken, sie machen Rellame für die deutsche Technik, folglich für die deutsche Industrie. Ohne die Vertreter und Agenten aus den Reihen der in Deutschland studirten russischen Techniker würde die deutsche Industrie niemals in diesem nach Sprache und Sitten fremden Lande mit seiner auf einem ungeheueren Gebiet zerstreuten Bevölkerung vordringen können. Es ist das wichtigste Gesetz des modernen industriellen Marktes, die fremden Industrien zu fördern. Doch wollen wir diese Kenntniß nicht von den jungen Burschenschaften verlangen, da nicht einmal die „alten Herrn“ auf den Ministerbänken sie innehaben.

Die Zahl der Ausländer auf sämtlichen deutschen Hochschulen beträgt nicht einmal 10 Prozent, auf den Polytechniken speziell 17 Prozent. In der Schweiz beträgt die Zahl der Ausländer an den Hochschulen fast 49 Prozent, darunter allein Reichsdeutsche über 15 Prozent. Das wirft ein großes Licht auf die deutsche Engstherzigkeit. In Deutschland selbst zeigen die größeren Provinzstädte der Ausländer bezw. Russen die Polytechniken in Darmstadt und Karlsruhe, die aber bis jetzt keine Veranlassung genommen haben, den Zutritt von Russen zu erschweren. Nur die größten Staaten Deutschlands, Preußen und Bayern, zeigen sich außer Stande, den paar hundert russischen Studenten länger Gastfreundschaft zu gewähren.

Allerdings sind die Hochschulen, und ganz besonders die technischen, in Deutschland — wie überall — überfüllt, allein das liegt am allerwenigsten an den Ausländern. Im Wintersemester 1875/76 gab es auf den deutschen Universitäten 16 726 Studirende, im Wintersemester 1901/2 dagegen 43 899. Ganz besonders bemerkenswerth ist die Bewegung der Studentenzahl auf den Polytechniken. Sie betrug 2928 im Wintersemester 1869/70, stieg mit dem industriellen Aufschwung bis 5449, sank mit der Handelskrise bis 2549, stieg mit der Geschäftsbesserung der 80er Jahre bis 4209 im Wintersemester 1891/92 und machte eine gewaltige Steigerung während des letzten Aufschwunges durch, um im Wintersemester 1901/02 die Zahl 14 986 zu erreichen. Die Zahl der Studirenden an den technischen Hochschulen Deutschlands ist also im letzten Jahrzehnt auf das Vierfache gestiegen — kein Wunder, daß sich ein Mangel an Plätzen zeigte. Die kapitalistische Hochschulennoth ist also von der gleichen Art, wie die Kohlennoth, der Wagenmangel und der Arbeitermangel, sie ist ein Zeichen, daß die kapitalistische Produktion über das Maas der verfügbaren Produktivkräfte hinausgegangen war, ein Zeichen der Ueberspannung. Zweifellos muß mit der Krise, wie bei der Kohle und bei den Arbeitern, in Folge der forsjarten Produktion der Polytechniken ein Ueberangebot an Technikern eintreten; da aber indessen die gesamte Industrie auf eine viel breitere Basis gestellt worden war, so bleibt der Mangel an Hochschulen. Hier kann es nur eine Abhilfe geben: Erweiterung der Räume der Hochschulen, und zwar so, daß es auch für spätere Perioden des Aufschwunges reicht, dann aber werden auch die russischen Zuhörer nur höchst willkommen sein!

So einseitig sind nun aber die deutschen Universitätsbehörden denn doch nicht, um nicht zu wissen, daß mit der Zurückweisung der Russen die Ueberfüllung der Hörsäle noch nicht aufhört. Die Sache hat eine politische Unterlage. Die Bewegung ging vom preussischen Kultusminister aus, der

schon 1900 verfügt hatte, daß für die Aufnahme am Charlottenburger Polytechnikum ein russisches Reisezeugniß nicht mehr genügen, sondern die Ablegung eines „russischen Konkurrenzexamens“ verlangt werden soll. Nicht etwa, daß die Russen in Charlottenburg einem Konkurrenzexamen unterworfen werden; die Konkurrenzprüfung muß an einem russischen Polytechnikum abgelegt werden. Diese Bestimmung ist dann auf andere preussische Polytechniken ausgedehnt und von Bayern übernommen worden. Was sind nun aber diese russischen Konkurrenzprüfungen? Was sind nun aber zur Auslese der Tüchtigsten, sind sie längst nichts anderes als eine Handhabe, um Juden und alle „politisch Unzuverlässigen“ von der Hochschule abzuhalten. Wer halbwegs politisch verständig erscheint, wird ohne Weiteres zur Prüfung nicht zugelassen. Die russische Regierung erhält also durch diese neuen Aufnahmebestimmungen in Preußen und Bayern die Möglichkeit, allen, denen sie den Zutritt zu den russischen Polytechniken verwehrt, die Möglichkeit eines technischen Studiums in den genannten Ländern abzuschneiden. Das ist es, was die russische Regierung nur noch brauchte: die Kerzte werden auch jetzt schon in Rußland einer Kontrollprüfung unterworfen, die Regierung behält es aber in der Hand, ihnen die Praxis zu verwehren, bei den Technikern aber, die in Privatdienste treten, konnte sie, obwohl es an einschränkenden Maßregeln nicht fehlt, wenig reussieren — jetzt hindert sie ihnen durch das ausländische technische Studium. Sie erreicht durch Vermittlung des preussischen und bayerischen Kultusministeriums billig und einfach, was sie durch Polizei, Paßzwang usw. nicht hat erreichen können. Daß man sich aber, im preussischen Ministerium wenigstens, sehr wohl bewußt ist, um was es sich handelt, beweist folgende Auslassung: „Für deutsche Staatsangehörige jedoch, die in Rußland erzogen sind und dort ihre Vorbildung erhalten haben, gilt die zweite Forderung nicht, sondern sie haben nur ein russisches Reisezeugniß beizubringen.“ Wenn aber ein russisches Reisezeugniß bei den geborenen Deutschen eine genügende wissenschaftliche Vorbildung beweist, so auch bei den geborenen Russen. Warum dann für russische „Unterthanen“ die Ausnahme? Oder meint der preussische Kultusminister mit Dogberry, „lesen und schreiben zu lernen, kommt von der Natur“? Der Beweis ist erbracht, daß deutsche Universitätsbehörden bewußt in die Dienste der russischen Reaktion treten sind!

Soziales und Parteileben.

Streiks und Lohnbewegungen. Eine allgemeine Arbeitsniederlegung der Schmittler ist auf dem Rittberg bei Seesegefeld bei Spandau eingetreten. Die aus der Provinz Posen stammenden Arbeiter und Arbeiterinnen haben infolge Zwistigkeiten mit der Gutverwaltung ihre Thätigkeit eingestellt und sind nach dem Neudenburgischen abgereist, wo sie höhere Löhne zu erlangen hoffen. — Die Lohnunterschiede im Baugewerbe zu Halle nehmen größeren Umfang an. Die Bauarbeiter beschloßen, über diejenigen Bauunternehmer, welche den vor zwei Jahren von denselben anerkannten tarifmäßigen Lohn nicht bezahlen, die Wasserperre zu verhängen. Auch die Zimmerer sind theilweise in den Ausstand getreten, um eine Lohnverbesserung abzuwehren. Der Maurerstreik dauert fort. — In Westvirginien (Vereinigte Staaten) streiken 20 000 Bleichkohlenarbeiter.

Eine Berufskrankheit der Briefträger? Da unter den Briefträgern oft athenienähnliche Vorkommen, die auf den Druck der schweren Poststapfen zurückgeführt wurden, hat auf Anrathen der Postämter die Oberpostdirektion Berlin die versuchsweise Einführung von Umhängetafeln angeordnet, die an Riemen über der Schulter getragen werden.

Der kluge Mann baut vor. Im Münchener Magistrat bemerkte der städtische Oberbauath Schwiening

Sonderbare Schwärmer.

Roman von Max Freyer.

(9. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Ein Sohn trat als öffentlicher Ankläger gegen seinen eigenen Vater auf — erst wollte er über diesen Einfall lachen, aber das Lachen erstarb in seiner Kehle bei dem Gedanken an die Vergeltung, die er dadurch über den Vater wollte. Er wollte zum Sozialen Reformator der ersten Vaterlandes werden — es war kein Wahn mehr bei ihm, es war ein unbeugbarer Wille. Aber wie, auf welche Art, wodurch? Er hatte nie das Zeug zu einem Demagogen gehabt, der mit der Macht der Beredsamkeit die Hindernisse niederwirft; es gab für ihn nur ein Mittel, um seine Reformen anzubahnen und dem Manne, den er stürzen wollte, ein Paroli zu bieten, und das war Geld, unermesslich Geld — materielle Mittel, die ihn zum Krösus machten. Er wußte, daß Geld der Magnet war, der Alles anzieht: Furpuß und Lumpen, Freunde und Feinde, Liebe und Leben. Durch Geld mußte er berühmt werden, sich zum Mittelpunkt der modernen Gesellschaft machen. Und jener Teufel, der in jeder Menschenbrust verschleiert sitzt, der Egoismus, trat, frei von seiner Hülle, vor ihn hin, grinst ihn an und sagte: „Du hast eine halbe Million in Deinem Vermögen. Wenn Du klug bist und Dich auf eine Zeit lang von Deiner dummen Schwärmerlei für Humanisten trennen kannst, dann kannst Du durch diese halbe Million ein hundertfacher Millionär werden.“ Er wurde die Krallen dieses Teufels nicht mehr los und beschloß, dessen Rath zu befolgen. Er begann mit seinem Gelde zu wuchern, das Glück begünstigte ihn, und seine Spekulationen hatten einen Riesenerfolg.

Er baute Eisenbahnen und die Millionen sammelten sich in seiner Tasche an wie flüssiges Blei, und das Blei dabei war, sie blieben wirklich darin. Und als er zum Schluß in den unwirthlichen Länderreien, die er am Colorado angekauft

hatte, Silberminen entdeckte, die einen endlosen Schatz des Reichthums bargen, war der hundertfache Millionär fertig. Eines Tages war der Teufel in seiner Brust wieder verschleiert, und die Wunden seiner Krallen waren vernarbt. Der Egoist Koloff war gestorben und der Humanist war wieder auferstanden. Jetzt konnte er sein reformatorisches Werk beginnen — er hatte Geld genug. Man kaufte ja Alles: Orden, Titel, Ehrenstellen, selbst die Liebe — Alles, wozu es fehlte er sich nicht auch die Anwartschaft zu einem sozialen Reformator kaufen! Egoist blieb er trotzdem immer noch, wenn auch im edlen Sinne. Und wenn er je in seinem unbeugbaren Willen auf Minuten schwankend wurde und die Ansicht vom Leben, daß der Unbath der Welt doch schließlich der einzige Lohn sein werde, den er als elende Ernte seiner izzigireiten Saat dereinst einheimen würde, die Oberhand bekam, dann nahm er den Brief seiner Mutter in die Hand und die ganze Empfindung erhob sich zu einem einzigen Sturm des Hasses gegen den Mann, um dessen willen er Jahre lang geschachtet hatte — gegen seinen eigenen Vater. Die Rache machte aus dem schwankenden Charakter einen eisernen.

Heute wollte er sich wieder zu neuem Kampfe stärken, als er den Brief durchzulesen begann, und wir sehen ihn in einer Art selbstigen Auflösung, als er geendet hatte.

„Mutter — Mutter —“ Er rief es noch einmal mit leiser, halbverlorener Stimme und sah dann, immer noch das Gesicht in die Hände vergraben, da, bis die zierliche Pendule auf seinem Schreibtisch mit hellem Klang elf schlug. Da fuhr er zusammen und kam in die Wirklichkeit zurück. Um diese Zeit begannen seine Sprechstunden und draußen in den Vorzimmern harreten allem Anschein nach wieder ein paar Duzend Ungebulge — also wieder Mann sein!

Er stand auf, neigte das Gesicht an der Toilette mit etwas Wasser und griff nach dem Klingelzug. Sam, ein alter weißhaariger Negler von herkulischer Gestalt, der Koloff auf allen seinen Reisen gefolgt war und ihn wie

ein Hund diente, trat ein, und Koloff gab ihm die Weisung, die draußen Harrenden einzeln eintreten zu lassen. Da waren Baumeister von europäischem Fuß, mit denen Koloff über seine Bauprojekte zu konferieren hatte, die ihm Pläne und Anschläge vorlegten, und Summen von Hunderttausenden flogen hier von Mund zu Mund, als handelte es sich um Kleinigkeiten, die nicht der Rede werth sind. Mit raschem Blick über sah Koloff Alles, erkannte die Mängel einer Sache sofort und verstand es mit wunderbarer klarer Anschauungsweise, ihre Vorzüge hervorzuheben. Dann gab er Anweisungen auf große Summen und ersuchte die Herren, nach dem Bureau zu Herrn Hülfsfeld zu gehen, der die nöthigsten Anordnungen treffen würde.

Und kaum hatte er einen Moment Athem geschöpft, so öffnete Sam bereits wieder die Thür, und herein trat Rich drehend und wendend ein mittelgroßer, dickhäutiger Mann mit wohlgenährtem Gesicht, dem man den Philister von Profession auf hundert Schritt ansehen konnte: ein Hausbesitzer und Töpfermeister oder Ofenfabrikant, wie er sich selber nennen hörte, mit dem Koloff wegen einer Baustelle in Unterhandlung stand und der gekommen war, endlich, nachdem er genug „in die Höll“ getrieben“ hatte, unter heiligen Eiden zu versichern, er würde zwar sonst in den von Koloff fixirten Preis nicht willigen, da aber sein Hausarzt seiner „leidenden“ Frau „blödsinnig“ einen längeren Landausenthalt gerathen habe und er sie begleiten müsse, wolle er schleunigst die Hausangelegenheiten ordnen und sich in das „Unvermeidliche“ fügen. Dabei benutzte er die Gelegenheit sofort, sich, da er von den großen Bauprojekten Koloffs gehört habe, als bestrenommirter, mehrmals prämiirter Töpfermeister zu empfehlen, überreichte seinen illustrierten Preiscurant und erging sich in eine Gnade unterthäniger Bitten und Anpreisungen, daß Koloff, um den Schwager endlich los zu werden, versprach, seine Anerbietungen in Erwägung zu ziehen. Dann schickte er ihn ebenfalls zu Hülfsfeld, der den Kaufvertrag stipulieren sollte.

(früher in Lübeck. Rev. d. L. B.), die Arbeitsnot
werde im kommenden Winter stärker als im
vergangenen sein, weshalb man entsprechende Vorfor-
treffen müsse. — In Lübeck quält man sich mit solchen
Fragen überhaupt nicht ab; hier wurseln Regierung und
Parlament fort, ohne sich im Geringsten den Kopf darüber
den Kopf zu zerbrechen, was ev. im Winter zur Steuerung
der ganz sicher zu erwartenden Arbeitslosigkeit geschehen
kann.

Ueber Anerkennung des Buchdrucker tariffs wurde
im Stadtverordneten-Kollegium in Halle verhandelt. Trotz
des Widerstandes des Bürgermeisters und des Vorstehers
der Stadtverordneten überwies das Kollegium die Petition
der Buchdrucker, amtliche Druckerarbeiten nur an tariffreie
Druckereien zu vergeben, dem Magistrat zur gest. Berück-
sichtigung.

Die Reorganisation des schweizerischen Gewerkschaftsbundes, wie sie auf dem Osterkongress in Bern be-
schlossen worden, ist in der Urabstimmung mit 6122 gegen
4046 Stimmen verworfen worden, so daß es (vorläufig) beim
bisherigen Zustande bleibt.

Ein unerhofftes Ergebnis hat die Revision gezeitigt,
welche die Regierung zu Potsdam kürzlich in der
Spandauer Stadtverwaltung auf eine Ver-
schärfe der sozialdemokratischen Stadtverordneten
hin vornahm. Die Kommissare der Regierung haben bei
dieser Gelegenheit besonders die Klassenführung einer ein-
gehenden Kontrolle unterzogen und dabei herausgefunden,
daß darin mancherlei reformbedürftig sei. Zu denjenigen
Dingen, die der Verbesserung bedürfen, gehört nach dem
jetzt bekannt gewordenen Bescheid der Regierung auch die
Höhe der Gehälter der städtischen Klassen-
beamten. Der Magistrat wird aufgefordert, binnen
spätestens drei Monaten eine Vorlage in dieser Beziehung
zu machen.

Ein glänzenden Sieg errangen unsere Partei-
genossen in Neu-Weissensee bei Berlin bei der Ge-
meindevertreterwahl. Im 2. Bezirk wurde der Genosse
Schumann mit 339 Stimmen gewählt, ein Gegenkandidat
war nicht aufgestellt. Im 3. Bezirk wurde der Genosse
Garz mit 258 Stimmen gewählt. Hier hatte der Grund-
besitzerverein noch in letzter Stunde den Tischlermeister
Springer aufgestellt, wohl in der Meinung, daß die bei ihm
arbeitenden circa 80 Arbeiter ihre Stimme für ihn abgeben
würden. Er erhielt jedoch im Ganzen nur fünf Stimmen.
Der Gemeindevertretung gehören nunmehr sechs unserer Ge-
nossen an.

Für den Wahlkreis Dnizburg-Mühlheim stellte
eine Kreisversammlung den Genossen Hengsbach aus
Köln abermals als Kandidaten für die nächste Reichstags-
wahl auf.

Wahlkartogramm. In Kolmar hat eine Versamm-
lung der altdeutschen Partei (die Altdeutschen sind
die aus Preußen u. Eingewanderten, hauptsächlich Beamte)
beschlossen, für die bevorstehenden Munizipalwahlen mit der
demokratischen Volkspartei und der sozialdemo-
kratischen Partei ein Wahlkartell einzugehen, welches
gegen die Sozialisten gerichtet ist.

Wieder eine schwarze Liste. Folgendes Schreiben
wird dem Braunschweiger „Volkstribune“ zugesandt:

Gesamtwerberband Deutscher Metall-
Industrieller.

Berlin, den 10. Mai 1902.

Rundschreiben Nr. 7 pro 1902.

Auf Antrag unseres Bezirksverbandes Rannheim
werden hierdurch nachgenannte drei ausständigen Sand-
formier der Firma Gültner u. Co. in Kassel (Hfals) gemäß
§ 25 der Satzungen auf sechs Wochen für den Bereich
des Gesamtverbandes ausgesperrt.

(Folgen drei Namen.)

Hochachtungsvoll

Gesamtwerberband Deutscher Metall-Industrieller.

Welch ein Glück für den Gesamtverband Deutscher
Metall-Industrieller, daß die bekannte Buchdruckvorlage nicht
Gefeh geworden ist. Die Vorstandmitglieder würden die
langste Zeit ihres Lebens hinter schwebenden Gardinen zu-
bringen müssen.

Die photographierten Manuskripte. Anlässlich eines
am 1. Mai veranstalteten gemeinsamen Spazierganges er-

hielten ca. 40 Genossen und Genossinnen in Solingen
Strafmandate in Höhe von 5 bis 15 Mark. Die davon
Betroffenen legten Berufung ein und beantragten richter-
lichen Entscheid. Trotzdem in der Schöffengerichts-Verhand-
lung am Freitag alle vier Zeugen (Polizisten und Gendar-
men) ausfielen, in dem „Umzuge“ nichts Ordnungswidriges
bemerkt zu haben, beantragte der Staatsanwalt Bestrafung;
zur Bekräftigung hielt er eine in Großkotab gehaltene
Amateurphotographie empor, mit stolzer Stimme verkündend,
daß dieser Beweis so kräftig sei, daß er nicht umgestoßen
werden könnte. Die Photographie ist vom Dache eines
Hauses aus aufgenommen worden, denn tief unten auf der
Straße sieht man eine Menschenmasse stehen. Die Sünder
wurden denn auch zu 5 Mk. Geldstrafe verurteilt.

Ueber die neue „Vorwärts“-Druckerei und deren
Verwaltung berichtete Genosse Ernst in einer Versammlung
des 6. Berliner Wahlkreises. Der Redner konnte mitteilen,
daß die gesammten Vaulichkeiten, entsprechend den getroffenen
Vereinbarungen, am 1. Oktober dieses Jahres vollständig
fertiggestellt sein werden und zu dieser Zeit der Betrieb auf-
genommen werden kann. Die finanzielle Frage wurde in
kurzer Zeit und in glänzender Weise gelöst. Zu hervor-
ragender Weise haben sich die Gewerkschaften an diesem
Unternehmen beteiligt, so daß erheblich mehr als die für
notwendig erachtete Summe aufgebracht worden ist. Die
maschinellen und technischen Einrichtungen sind die besten,
ebenso wie sie auch in hygienischer und sanitärer Beziehung
allen Anforderungen entsprechen, und sind die Wünsche der
Arbeiter weitgehendst berücksichtigt worden. Als Geschäftsführer
ist der Genosse Richard Fischer und als technischer
Leiter der Genosse Rahn gewählt worden. Die Kontrolle
wird von einer neungliederigen Kommission, die aus je
einem Vertreter der acht Wahlkreise und einem Vertreter der
Berliner Gewerkschaftskommission zusammengesetzt ist, aus-
geübt werden.

Die Berliner Arbeiterbildungsschule veröffentlicht
ihren Jahresbericht über die Thätigkeit vom 1. April 1901
bis 31. März 1902. Aus den Lehrplänen der drei Unter-
richtsquadrate — von Juli bis September sind Ferien —
sei mit Beifügung der Zahlen der durchschnittlichen Be-
teiligung hervorgehoben: Nationalökonomie (Ge-
nossenschaftswesen 25, Zoll-, Handels- und Verkehrspolitik
62; Banken, Versicherungen 78); Geschichte (Religions-
geschichte 103, Literatur im Altertum 51, in Mittelalter
76); Gesetzeskunde (Deutsche Reichs- und preussische
Staatsverfassung 36); Naturerkenntnis (Lehre von
der Energie 24). Neben dem Unterricht wurden noch zwölf
Sonntagsvorträge und zwei Dichterabende abgehalten. An
Mitgliedern ließen sich im Geschäftsjahr einschreiben 694
(72 Damen, 622 Herren), davon waren, soweit sich fest-
stellen ließ, 227 politisch, 476 gewerkschaftlich organisiert.
Von Berufen waren am zahlreichsten vertreten 72 Tischler,
43 Buchdrucker, 39 Schlosser und 30 Kaufleute. Wir
wünschen der Arbeiterbildungsschule weiteres Gelingen und
Gedeihen!

Aus Nah und Fern.

Kleine Chronik. Ein dummer Streich, der schlimme
Folgen hatte, wird aus Dnizburg gemeldet. Mehrere
Bergleute im nahegelegenen Pfaffen benutzten in einer
Wirtschaft die Abwesenheit eines anderen Bergmanns zu
einer unbedachten und rohen That. Sie stopften dessen
Tabakspfeife teilweise mit Schießpulver und verdeckten dieses
oben mit Tabak. Als der ahnungslose Mann den Inhalt
des Pfeifentopfes anzündete, zerplatzte der Pfeifentopf und
die Flammen verbrannten das Gesicht des Unglücklichen und
rannten ihm die Sehkräft der Augen. Gegen die Urheber
des Unglücks ist Strafantrag gestellt worden. — In der
Danziger Möbelfabrik in Dohheim bei Wiesbaden ge-
rieth der Dreher Förstel, der Sonnabend eine Gefängnis-
strafe antreten sollte, mit dem Schreiner Stamber in Streit
und brachte seinem Gegner mit einem spitzen Handwerkszeug
mehrere Wunden bei. Als er sah, was er angerichtet hatte,
erstach er sich selbst und war sofort tot. Stamber liegt
schwer verletzt im Krankenhaus. — Als Leichen geborgen
wurden in der Freitag Nacht durch Pioniere die beiden
Arbeiter, welche am Mittwoch in Feldkirch an bei Mün-
chen in Folge Einsturzes eines Brunnenschachtes verschüttet

wurden. — Die Strafkammer in Augsburg verurtheilte
den Lehrer Wolf aus Oberschondorf, der aus Unvorsichtigkeit
seine junge, über alles geliebte Frau erschoss, wegen fahr-
lässiger Körperverletzung zu einer Woche Gefängnis.

**Einem Prozeß gegen den preussischen Eisen-
bahnfiskus** hat der Kaufmann Hagemann in Gelsen-
kirchen angestrengt. Diesem war vor längerer Zeit auf
dem Bahnsteig der Station Wanne ein Feuerfunken aus der
Lokomotive in das linke Auge geslogen, infolge dessen sich die
Sehkraft desselben auf die Hälfte verringerte. Da seine pri-
vaten Ansprüche kurzer Hand abgewiesen wurden, so hat der
Verletzte nunmehr gegen den Eisenbahnfiskus eine Schaden-
erklage in Höhe von 35 000 Mk. anhängig gemacht.
Auf den Ausgang dieses Prozesses darf man wirklich ge-
spannt sein.

Ein Prügelpädagoge. Der Volksschullehrer Busch-
jäger aus Calenborn bei Cochem a. d. M. wurde Donner-
stag von der Strafkammer in Koblenz wegen barbari-
scher Mißhandlung der ihm anvertrauten Schul-
kinder zu einem Monat Gefängnis verurteilt; gleichzeitig sprach das Gericht ihm die
Fähigkeit, das Lehramt weiter auszuüben,
ab. B. schlug die schwach veranlagten Schüler mit einem
Stock über die Beine und ins Gesicht, und schlug ihnen mit
der Faust unter's Kinn; einige Kinder mußten auf scharf-
kantigen Holzstücken knien, diesen knieenden legte er die
große Schultafel auf den Kopf und befahl dann andern
Kindern, sich auf die Tafel zu setzen. Einem kleinen Jungen,
der neben ihm am Katheder stand, trat er gegen den
Unterleib, sodaß das Kind rücklings von dem Podium fiel.

Eine „christliche Auktion“. Ein Inserat, das eine
beispiellose Gefühlshöhe verrät, liest man in Nr. 126 des
zentrums-katholischen „Strasburger Tagblatt“. Die betref-
fende Veröffentlichung lautet wörtlich:

Bekanntmachung.
Am Sonntag den 8. Juni c. Nachmittags 2 Uhr
werden in Mariapösching Pöschinger öffentlich an die
Minderbietenden versteigert.

Gemeindeverwaltung Mariapösching.
Der Geist der wahren Nächstenliebe scheint bei den
frommen Bauern von Mariapösching keine Heimstätte zu
haben, sonst würden sie sich bis ins Tiefste ihrer Seele hin-
ein schämen, in dieser, jedem menschlichen Gefühl hoch-
sprechenden Weise ihre armen Kinder unterzubringen.

Zum Kampfe gegen den Alkohol schreibt ein
Lehrer im „Rölnner Stadtanzeiger“: „Durch auffallende
Schläfrigkeit und geistige Trägheit meiner Schulneulinge ver-
anlaßt, stellte ich kürzlich Montags Nachforschungen über den
Alkohol- und Nikotingenuß der sechs jährigen Knaben an,
welche zu solgendem überraschenden, zugleich erschreckenden
Ergebnis führten: Von den 54 Schülern des ersten Schul-
jahres waren 19 am Sonntag vorher im Gasthause gewesen,
20 hatten Wein, 24 Bier, 19 Schnaps, 17 Wein und Bier,
14 Wein, Bier und Schnaps getrunken. Zehn gaben an,
betrunken gewesen zu sein, neun so, daß sie zu Boden
fielen, acht hatten Erbrechen in Folge des Alkoholgenußes,
19 hatten geraucht, und zwar zwölf auf Veran-
lassung des Vaters, vier auf Veranlassung von
Brüdern und fünf auf Veranlassung von Soldaten,
einer hatte sich selbst Zigaretten gekauft. Wenn auch
manches Schücheln und mancher Zug an des Vaters
Zigarre harmlos gewesen sein mag, so ist doch die
Traurigkeit der Thatfache nicht zu verkennen. Man bedenke
nur: 14 Kinder haben an einem Tage Wein, Bier und
Schnaps getrunken und neun waren nachweislich sinnlos be-
trunken. Was sollen wir Lehrer mit solchen Kindern an-
fangen und was wird aus ihnen werden?! — Eltern,
die sich in der geschilderten Weise an ihren Kindern ver-
gehen, sind wahre Verbrecher.“

Weiteres. Lehrbubenleben. „Du Schorchtel,
wie geht Dir's denn bei Deim neuen Meister?“ —
„Miserabel! Giebt's a' Wurst, krieg' i' b' Haut; giebt's
Kartoffel, krieg' i' b' Haut, und is' i' b' Haut net, na'
haut mi' da Meister!“

Fatal. „... Donner und Doria, so ein Pech! ..
Bin ich da im Dufel dem Mäßigkeitsverein be-
getreten!“

Der Herr Dienstbote begann, sich zu empfehlen, das
heißt er konzentrierte sich mit dem Rücken der Thür zu,
in Bindungen, die den Einbruch hinterließen, als fühlte er
sich äußerst unbehaglich auf dem glatten Parquetboden, und
als wäre er die Zeit kaum erwarten, wo er sich wieder im
Schlafrock als Hauspächter fühlte, und die lange Pfeife im
Munde, seiner „leidenden“ Frau den Kaufkontrakt vorlesen
kann, zu gleicher Zeit sich in Wahrscheinlichkeitsrechnungen
ergehend über die auskunftsvollen Lieferungen von so und so
vielen Kuchelöfen und ähnlichen Wärmeliefern.

Im Vorzimmer rumpelte er Sam an und wollte in
seiner Herzkammer sogar in die Tasche fassen, um die
Frage, wo Herr Hölzig zu finden sei, mit klingender Münze
einzuweisen, als er plötzlich dicht hinter dem Regal, einen
etwas leidend aussehenden, hochgewachsenen jungen Mann
erblickte, dessen bloßer Anblick im Stände sein mußte, die
größte Ueberraschung bei ihm hervorgerufen, denn die auf-
gegebene Karte bekam einen Knack, daß das baare Geld, das
er jedoch in den Schlitz geschüttelt hatte, zur Erde fiel und
die einzelnen Münzen nach allen Seiten rollten. Sam
hätte sich sofort, während der Herr Löffelmeister mit halb-
geschlossenen Munde sein Gegenüber anstarrte. Endlich kam
er halb polternd herab: „So — so — Sie sind's
— Sie, Herr Ritter. Haben Sie hier auch zu thun, wenn
ich fragen darf?“

Ueber das Gesicht des jungen Mannes glitt eine schü-
chlige Röthe, dann erwiderte er etwas verlegen:

„Ich — ich habe — ja wohl, Herr Hölzig, ich habe
hier auch zu thun. Sie erlauben wohl — ich bin jetzt an
der Karte.“

Dann schritt er vorbei und Sam erob sich sofort,
die geschwundenen Schlußstücke in der Hand, und öffnete die
Thür zu Hölzig.

Herr Hölzig hatte einige Sekunden unbestimmt auf die
Thür, hinter welcher der junge Mann verschwand, dann
dann einige Sekunden etwas unbestimmt auf Sam, der ihm
die große, langfingerige Hand mit dem Gelde entgegen-

gestreckt hielt. Er schien dieses Zusammentreffen hier immer
noch nicht fassen zu können. Sam, in der Ansicht, der for-
pulten Herr da vor ihm hätte die ausgestreckte Rechte mit
dem Gelde noch immer nicht bemerkt, hielt es für nöthig,
ihn ausdrücklicher darauf aufmerksam zu machen, und brachte
seinen Arm schließlich in eine Lage, daß er mit seinen Finger-
spitzen beinahe die Nase Herrn Hölzigs berührte. Das
brachte diesen zu sich selber und zu gleicher Zeit auf eine
Idee. Er mußte wissen, was Reinhard Ritter, der junge
Schreibstiller, mit dem seine älteste Tochter Klara auf ganz
absonderliche Art und Weise bekannt geworden, in den sie
sich Knall und Fall verliebt hatte und in der Folge dessen
auch öfter, als es sonst junge Männer zu thun pflegen, ein-
gera gehetzter Gast der Frauen im Hause war, hier bei dem
reinen Herrn Hölzig zu thun hatte. Wenn der vielleicht
eine Ahnung gehabt hätte, daß das Haus, dessen Verkauf er
soeben abschließen wollte, überhaupt schon seit Langem ban-
fallig war, und so wie so herunter gerufen werden mußte,
so konnte er durch irgend einen Zufall mit Hölzig auf ihn
zu sprechen kommen und mit der hohen Verkaufsumme wurde
es in der letzten Minute noch zu Wasser. Was Teufel
führte denn diesen armen Literaten, dessen Zulassung in den
Familienkreis der wohlhabende Löffelmeister bis jetzt immer
nur als eitle Karotte seiner Tochter betrachtet hatte, gerade
zu dieser Stunde hierher, wo er, Hölzig, Hölzigscher Hof-
lieferant zu werden gedachte. Und seine Verlegenheit oben-
drein, das Kurzugebundene seiner Antwort — dahinter
steckte etwas, das er erfahren mußte.

„Herr Sam,“ sagte er, freundlich lächelnd — „Sie
heissen doch Sam, mein lieber Herr Sam, wenn ich recht
gehört habe?“ sagte er drollig hinaus.

Der schwarze Riese zeigte einen großen Mund mit
zwei Reihen großer Zähne, woraus allmählich eine Art
Lächeln wurde, welches eher einem Grinsen gleich, und er-
widerte:

„Ja, Herr — Sam, alle Mann heißt Sam, Sam
Sams aus Raffaille, Löffelmeister — aber alle Herr sollen

erst Geld nehmen von alter Sam, dreant in die Finger,
fremde Geld.“

Herr Hölzig machte eine abwehrende Bewegung und
lächelte noch freundlicher zu dem Riesen in Livree empor.
Dann begann er wieder in wohlgelegter Rede:

„Herr Sam — Sie scheinen ein guter, höchst ehren-
werther Mann zu sein, Herr Sam. Sie stößen mir Ver-
trauen ein. Seien Sie nur nicht böse, wenn ich Sie bitte,
die paar lumpigen Groschen zum Einkauf von Tabak zu be-
halten.“ (Er wußte eigentlich selber nicht, wie er, der als
Geizhals bekannt war, es über's Herz bringen konnte, circa
fünf Thaler „lumpige Groschen“ zu nennen, aber die
Situation brach seine „Knickrigkeit“.)

Sam grinste abermals und bewies, daß die Regier
im Allgemeinen ein sehr feines Gehör haben, denn er
ließ das Geld sofort in seine weite Hosentasche ver-
schwinden.

Herr Hölzig fuhr fein diplomatisch fort:
„Selbstverständlich, Herr Sam, werden Sie es mir nicht
verargen, wenn ich für dieses Douceur eine kleine Gegen-
forderung stelle.“

Sam nickte wohlgefällig.

„Müssen alle Sam sagen, was —“

Herr Sam, können Sie mir vielleicht sagen, in welcher
Angelegenheit der junge Mann, mit welchem ich soeben
gesprochen, Ihren Herrn zu besuchen wünscht? Hat er
Ihnen das gesagt? Vielleicht in irgend einer Hausangelegen-
heit, he?“

Und nun fing er plötzlich an, neben dem Mißtrauischen
den Großmüthigen zu spielen.

„Wissen Sie, Herr Sam — ich habe gerade diesen
Menschen wie meinen eigenen Sohn behandelt, aber man
darf heute keinem Menschen mehr trauen. Wissen Sie was?
Ja? Kann der was machen? Ist er vielleicht ein guter
Freund von Herrn von Hölzig?“

Er spitzte die Ohren, und der lauernde Blick, mit dem
er den Regier fixierte, bewies seine gespannte Neugierde.
(Fortsetzung folgt.)